

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich.

Die Politik der Elefanten.

In einer der letzten Sitzungen des Budgetausschusses hat eine Rede die Anwesenden in die lustigste Stimmung versetzt. Der Erreger dieser Lustigkeit war niemand anderer als der Herr Ministerpräsident Svehla selbst, von dem jekt ein Wort zu hören ist, aber nun, da er endlich einmal öffentlich das Wort ergriff, zum Scherzen aufgelegt war. Er machte Witzen über die Opposition, was freilich eine billige Art ist, das Gaudium seiner Zuhörer und Anhänger zu erregen. Die Vertreter der oppositionellen Parteien haben es bekanntlich abgelehnt, sich an den Beratungen über den Staatsvoranschlag zu beteiligen, um dadurch ihrem Protest gegen die aller Einfachheit und jedes Gerechtigkeitsgefühles bare Politik der Nachhaher Ausdruck zu geben. Es war schon Hofn, daß der Ministerpräsident zu diesem dem Gefühl der Empörung entspringenden Protest, nichts anderes zu tun wußte, als seinen mehr und minder Getreuen mit der Versicherung die Herzstärkung zu geben, die Koalition „stehe fest“ und er „bürge“ für ihren Weiterbestand. Svehlas Humor war damit nicht erschöpft und auf einen Zwischenruf sagte er spöttelnd, er habe keinen größeren Wunsch, „als daß er sich mit der Opposition in der Koalition bei positiver Arbeit treffe“. Svehlas Publikum verstand den Spott und brach in Gelächter aus. Einmal im Zuge, fuhr der Ministerpräsident fort: die Majorität sei fest und er hoffe, „daß auch die Opposition fest sei“. Die angestrebte Heiterkeit bei den Zuhörern stellte sich pünktlich ein und der amtliche Bericht zeichnet sie auch. Niemand soll eben daran zweifeln, daß man sich im Kabarett Svehla schlecht unterhalte.

Es wird freilich viele Leute geben, die der Meinung sind, ein ernstzunehmender Ministerpräsident, dem so die Regel umgefallen sind, wie dem Herrn Svehla, müßte weniger zum Witzreichen gekannt sein und die Verächtlichkeit verspüren, daß, was er verpaßt hat, wieder zuzumachen. Es ist ihm gelungen, das System der Koalition derart in Verfall zu bringen und die Hoffnung auf die Beobachtung der Gesetze der Demokratie unter der Herrschaft dieses Regimes so vollständig zu zerstören, daß die oppositionellen Parteien es fast einmütig ablehnten, die Komödie der „Beratung“ des Staatsvoranschlags mitzumachen, auf dessen Zusammenstellung nicht nur die Opposition, sondern das Parlament überhaupt jeden Einfluß verloren hat. Er hat noch eine andere Karte seines Spieles verloren, das ist die Karte des Aktivismus, die auszuspielen ihm wohl nicht so bald wieder gelingen dürfte. Die Reihe seiner Mißerfolge will er verwecken, will sie vergessen machen, häuft darum seinen schalen Spott auf die Opposition und läßt auf sie nun auch die von der Regierung ausgeholte „Prager Presse“ los. So nebenbei sei bemerkt, daß diesem Reptil in einer Zeit, in der im Staatshaushalt die wichtigsten kulturellen und sozialen Ausgaben gedrosselt werden, ein eigener Zeitungspalast errichtet wurde; doch alle Mühe des aus den Steuergeldern der Allgemeinheit für dieses zum Zwecke der Täuschung der deutschen Bevölkerung und des Auslandes gefütterte Blatt hat ihm bisher nicht mehr eingetragen, als die grenzenlose Verachtung der deutschen Bevölkerung und zum Teil auch schon des Auslandes. Dieses Blattes bedient sich nun Herr Svehla, um seine Verjuche fortzusetzen, die Opposition lächerlich zu machen, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen. Der damit beauftragte halbamtliche Regierungsschmoder entledigt sich der ihm aufgetragenen Aufgabe in der ihm eigenen schnodderigen und schmiegrigen Weise. Obwohl das Dementi des deutsch-aparatischen Abgeordneten Wagner schon vorläufig und die Behauptung über die angelegte Bildung eines „Blocks der oppositionellen Parteien“ bereits widerrufen erschien, unternahm

Der österreichische Eisenbahnerstreik beendet.

Der Verkehr mitternachts aufgenommen.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.) Heute abends fand eine neuerliche Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Organisationen und der Generaldirektion statt, in welcher auf Grund der mit den Organisationen gepflogenen Verhandlungen und der dadurch erzielten Vereinbarungen die Pinausgabe der Weisung zur Wiederaufnahme des Verkehrs beschlossen wurde. Es ist überall die Verfügung hinausgegangen, daß Mitternacht der Verkehr wieder aufzunehmen ist.

Eine frühere Meldung des Preßbüros besagt: Wie die Blätter melden, sind die Einzelheiten des Angebotes im Ausgleiche des Eisenbahnerstreikes vorläufig noch nicht bekannt, doch verläutet, daß es sich nicht um eine Erhöhung der einmaligen Zulagen für die beiden letzten Monate des Jahres, sondern um Erhöhungen der Bezüge im nächsten Jahre handelt. Das Angebot erstreckt sich nicht nur auf die Forderungen der aktiven Beamten, sondern trägt auch den Wünschen nach Berücksichtigung der Pensionisten Rechnung.

Feier der Republik in Oesterreich.

Probierende Offiziere.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.) Die Republikfeier, die heute in Wien stattfand, hatte einen überwältigenden Verlauf. Allerdings ist es im Bezirke die Kigung zu Zusammenstößen gekommen. Es waren nämlich aus der Kavalleriekaserne in Giebing Offiziere mit Orden der alten Monarchie ausgerückt. Dagegen wurden von Arbeitern sofort Demonstrationen veranstaltet; Polizei schritt ein und verhaftete eine Anzahl der Demonstranten, die aber später wieder freigelassen wurden.

es Schmökeln dennoch, über diesen weder existierenden noch bisher geplanten „Block“ eininhalb Spalten lang „Betrachtungen“ anzustellen, nur um seinem Herrn und Geldgeber zuliebe seine frech-böden Strichelein gegen die Oppositionsparteien anbringen zu können. Was das Drecksblatt an „geistigen“ Argumenten und an sonstigen Dreistigkeiten gegen die Opposition verzapft, ist herzlich gleichgültig; festgehalten zu werden verdient nur, daß der Ministerpräsident in einem Augenblick, da er durch seine alles eher als aufrichtige Politik den Aktivismus erschlagen hat, nichts anderes zu tun weiß, als die oppositionellen Parteien sprosseln zu lassen und gegen sie seine Tintenluts loszulassen.

Die Regierung, ein Teil ihrer Parteien und deren Presse haben seit Jahr und Tag kein Mittel der Ueberredung unternommen, um den oppositionellen Parteien glaubhaft zu machen, es wäre ihnen nichts erwünschter, als wie dies Svehla jetzt spöttelnd ausdrückt, sich mit ihnen „in positiver Arbeit zu treffen“. Sie taten auch so, als hätten sie nichts dagegen, die Deutschen zur Mitarbeit in der Regierung zuzulassen, falls diese nur den nötigen „aktivistischen“ Willen und die dazu gehörige Loyalität aufbrächten. Gewisse deutschbürgerliche Parteien, besonders die deutschen Katarier und die deutschen Christlichsozialen, haben es weder an Willen noch an Loyalität fehlen lassen. Was die Herren Kröpfel, Silgenreiner, Mahr-Harting, Zulger und Lufsch in dem Wunsche, in die Regierung zu gelangen, ausführten, das war mitunter schon der „Aktivismus“ von Mastbarintouristen; sogar die Deutschgelben hatten „aktivistische“ Umwandlungen und legten in ihrem Kramladen das Selbstverwaltungsrecht an Stelle des Selbstbestimmungsrechtes aus, um sich der Konjunktur anzupassen. So oft einer der Arbeitsgemeinschaftler den Mund aufst, um seine Bereitschaft zu „positiver Arbeit“ zu versichern, ergoß sich auf ihn aus den Blättern fast aller Koalitionsparteien eine Flut des Lobes und jeder einzelne der „Aktivisten“ hat in seiner Tasche eine Masse von Fleißzetteln und Zeugnissen mit guten Sittennoten. Niemals wurde

Der Erzbergermörder in der Tschechoslowakei.

Berlin, 12. November. (Sch. P. B.) In der Blätternachricht, daß der Erzbergermörder Tillesen aus der Haft entlassen werden soll, weil seitens der deutschen Behörden kein Auslieferungsgesuchen gestellt wurde, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die deutsche Regierung mit Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung einen Beamten nach der Tschechoslowakei entsandt habe, der bei der Feststellung der Persönlichkeit des Verhafteten mitwirken sollte. Für den Fall, daß die Identität des Verhafteten mit Tillesen festgestellt wird, wird auch die Auslieferung beantragt werden.

dabei verjäumt, die bösen deutschen Sozialdemokraten, die weder auf die aufgedonnerten Phrasen der „Kampfgemeinschaftler“ hineinkommen, noch sich auf die Loyalitätskundgebungen der „Aktivisten“ einlassen, in Gegensatz zu den letzteren zu stellen, wobei immer heftiger Tadel für uns abfiel und wir des „Nationalismus“ beschuldigt wurden, der uns hindere, die wahren Zeichen der Zeit zu erkennen und zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes überhaupt, in das von den Nachhahern hingehaltene Joch den Raden zu stecken. Herr Svehla hat die loyalen Aktivisten von ihrem Wahn, da sie in keinem Schachspiel mehr seien als eine Schachfigur, die er im eigenen wie im deutschen Lager gegen andere auspielt, wie es scheint, geheißt. Gerade als sie am „Lohnlosen“ waren, ging die Sperrung deutscher Schulen wieder recht los, wurde die Preßfreiheit aufs neue und um so schärfer gewürzt, wurde gegen die nichttschechischen Angestellten und Beamten ein großzügiger Feldzug unternommen, wurde alles getan, um den Haß unter den Nationen aufs neue zu schüren und das Parlament des letzten demokratischen Anstriches zu entkleiden. Es zeigte sich auch, daß die Machtclassen gar nicht daran dachten, die Türe des Ministeriums den draußen ergebendst Wartenden zu öffnen.

Vielleicht gibt es unter den tschechischen Parteien einzelne Personen, die zu erkennen vermögen, welche Verheerungen Svehlas Regierungskunst auf den Gefilden des Verständigungsgedankens angerichtet hat. Er hat durch seine stetige Leimarbeit an der Koalition den Eindruck zu erwecken gesucht, es wäre hoffnungslos, auf eine Aenderung des herrschenden Systems zu warten und durch Kampf diese Aenderung zu erreichen, er hat aber zugleich den Beweis auch nach der anderen Richtung geführt: daß auch durch „Loyalität“ und durch Untertrieden nichts zu erreichen ist. Diese Hoffnungslosigkeit gefördert zu haben, ist Herrn Svehlas Verdienst. Man wird einmal unter seinen heutigen Bewunderern erkennen, daß das die Politik des Elefanten ist, der jeden grünen Keim mit seinen Füßen austritt und das neue Leben, das aus der Erde will, erstickt.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 12. November. (Eigenbericht.) Der Streik auf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn nimmt einen Verlauf, der von weittragenden Folgen für den Verkehr der Millionenstadt ist. Die Direktion erklärt, alle Verhandlungen seien ausgefallen. Trotz der Entlassungsandrohung haben sich nur wenige Arbeitswillige gemeldet. Leider hat der gestrige Straßenbahnverkehr auch eine Beeinträchtigung der Zusammenkünfte zur Folge, wobei es häufig nicht ohne Verletzungen abging.

Berlin, 12. November. (Sch. P. B.) In dem Streik bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn teilen die Blätter mit, daß als Antwort auf die von der Direktion angebotene Kündigung der Streikenden eine Versammlung des Verkehrspersonals beschlossen hat, unter keinen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht die vom Personal gestellten Forderungen bewilligt worden sind. Ein Ubergreifen des Streikes auf die übrigen Berliner Verkehrsmittel dürfte nicht zu befürchten sein.

Zusammenbruch der Opposition in Ungarn.

Budapest, 12. November. (Sch. P. B.) Zwischen den Oppositionsparteien im Parlamente sind Verhandlungen über ein einheitliches Vorgehen im Zuge. In den bisherigen Beratungen des demokratischen Bundes, der nationaldemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Partei wurde ein provisorisches gemeinsames Aktionsprogramm vereinbart, das in weiteren Konferenzen eingehender ausgearbeitet werden wird. Der Zweck dieses Zusammenschlusses eines Teiles der Opposition ist, den Kampf gegen Verhien zu konzentrieren.

Die Gärung in Spanien.

Paris, 12. November. (Gavas.) Wie das „Journal“ aus Madrid meldet, wurden dortselbst im ganzen über 80 Revolutionäre verhaftet.

Barcelona, 12. November. (Gavas.) Auf einem Wege in den öffentlichen Parkanlagen wurden vier Bomben gefunden. Die Polizei hat an Ort und Stelle fünf Personen verhaftet.

Die Reparationskommission (part).

Paris, 12. November. (Sch. P. B.) Die Reparationskommission veröffentlicht heute ein Kommuniqué über die Reorganisations- und Ersparungsmaßnahmen, die schon vor einiger Zeit angezigt wurden. Die Entlassungsmaßnahmen sollen bis Ende 1925 durchgeführt werden. Aus dem Kommuniqué ist hervorzuheben: 1. Die Reparationskommission bleibt so, wie sie die Friedensverträge festlegen. Die Hauptdelegierten sind aber nicht an den Pariser Aufenthalt gebunden; die Reparationskommission wird regelmäßige Sitzungen einberufen, um deren Anwesenheit zu ermöglichen. Die jetzigen Bezüge der Hauptdelegierten werden gestrichen. Die Posten der Privatsekretäre der Haupt- und Hilfsdelegierten werden aufgehoben. Zahlreiche andere Hilfsorgane werden stilliert und ihr Personal gleichfalls entlassen. Die Rechtsabteilung wird auf vier Vertreter restringiert, u. zw. England, Frankreich, Italien und Belgien.

Die jetzigen delegués adjoints (Vertreter der Hauptdelegierten) bleiben in ihren Funktionen. Sie werden einen ständigen Direktionsausschuß bilden, der die Arbeiten des Generalsekretariats leitet und im Namen der Reparationskommission amtiert wird, die ihn mit einer gewissen Vollmacht ausstatiert. Die Reparationskommission wird die Fragen abgrenzen, welche der ordentlichen Sitzung der Hauptdelegierten vorschalten bleiben. An der Sitzung des Direktionsausschusses werden die Generalsekretäre der vertretenen Länder teilnehmen und das Recht haben, das betreffende abwesende Ausschussmitglied zu vertreten. Wenn in diesem Ausschusse über eine Frage entschieden wird, welche in den Rapport des ersten Ausschusses der Delegierten fällt, wird an der Sitzung der amerikanischen Delegierte teilnehmen. Die Reparationskommission verlegt ihren Sitz aus den jetzigen Räumen im Hotel Astoria in weniger Aufwand erfordernde Räume.

Ueber weitere Reorganisationsmaßnahmen und über eine weitere Reduktion der verschiedenen technischen und Spezialabteilungen werden Erwägungen gepflogen werden.

Eine bedenkliche Entscheidung.

Als im Mai vorigen Jahres die tschech. Schuhmachergewerkschaft wegen einer im April 1922, also ein Jahr vorher, angenommenen Resolution aufgelöst wurde, ging durch die Dessenität ein Sturm der Entrüstung, unter deren Druck zunächst selbst das Ministerium des Innern zurückweichen schien. Es hat der vom Schuhmacherverband erhobenen Beschwerden an das Oberste Verwaltungsgericht aufschreibende Wirkung zuerkannt, d. h. vor der Entscheidung dieses Tribunals die Auflösungsentscheidung nicht in Vollzug gesetzt.

Nunmehr ist die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes publiziert worden; der Weg sei festgesetzt, daß die Erwartungen, die die zu der Gewerkschaftsbewegung und an der Verunsicherung interessierte Dessenität mit Rücksicht auf das hohe Niveau und die oft bewährte Objektivität des Verwaltungsgerichtes hegen durfte, leider enttäuscht worden sind.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat die Beschwerde des Schuhmacherverbandes als unbegründet abgewiesen und in den Urteilsgründen Rechtsansichtungen ausgesprochen, die geeignet sind, eine Praxis der Verwaltungsbehörden zu ermöglichen, die in das, was uns an politischen Freiheitsrechten nach Schutzgesetz, Terrorgesetz, Immunitätsgesetz und Preßgesetz bewahrt geblieben ist, eine weitere Bresche schlägt, indem sie die Betätigung nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch sonstiger Vereine in weitestgehendem Maße unterbindet.

Zur Veranlassung der Auflösung hatte das Ministerium die erwähnte auf einer Verbandstagung im April 1922 angenommene Resolution angenommen, in der die Gewerkschaftszentrale aufgefodert wird, zur Verhinderung der unberechtigten Lohnherabsetzungen die Taktik der revolutionären Massenaktionen anzuwenden, die die Erfüllung des Endzweckes herbeiführen soll: die Herrschaft des Kapitalismus und das System der Lohnslaverei zu befeitigen. Juristisch hatte sich das Ministerium in seiner Entscheidung ausschließlich auf § 113 der Verfassungsurkunde berufen, die in den Verrecht kommenden Stellen lautet:

1. Die Freiheit der Vereinsbildung ist gewährleistet.
2. Ein Verein kann nur dann aufgelöst werden, wenn durch seine Tätigkeit ein Strafgeset oder die öffentliche Ruhe und Ordnung verletzt wird.

Unter „öffentlicher Ordnung“ ist nach Ansicht des Obersten Verwaltungsgerichtes einerseits die Gesamtheit der rechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Normen zu verstehen, deren Einhaltung nach den jeweils herrschenden Anschauungen eine Bedingung des ruhigen und geordneten Zusammenlebens ist, andererseits der diesen Normen entsprechende Zustand selbst. Eine Verletzung dieser öffentlichen Ruhe und Ordnung ist, so schließt das Gericht weiter, u. a. auch dann gegeben wenn sich der Verein einer Verletzung seiner Statuten schuldig macht, die die Verhältnisse des Vereines nach außen tangieren.

Dah im Falle des Schuhmacherverbandes eine Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches vorgelegen sei, ersieht das Gericht daraus, daß die Schuhmachergewerkschaft, deren Zweck der Schutz und die Unterstützung der sozialen (geistigen) und materiellen Interessen der Schuhmacher sowie die Verbreitung und Stärkung des Bewusstseins von der Interessengemeinschaft aller Angehörigen der Gewerkschaft ist, eine Resolution von angeblich eminent politischen Charakter angenommen habe.

Wie in der Tschechoslowakei gespart wird.

Mehr Kanonen, aber die Soldaten bekommen weniger zu essen. — Ersparungen am Gesundheitswesen und an der sozialen Fürsorge, aber mehr Polizei und Gendarmen. — Ersparungen an deutschen, Mehrausgaben bei tschechischen Schulen!

Das Ministerium für nationale Verteidigung weist gegenüber dem Vorjahre insgesamt etwa 300 Millionen K an Ersparnissen auf. Wobei wird nun gespart? Die Naturalausgaben betragen 1924 für die Mannschaft 418, 1925 nur 317 Millionen, nach also eine Ersparnis von 100 Millionen aus. Ein Drittel der Ersparnisse des Ministeriums für Nationalverteidigung wird also dadurch erzielt, daß man den Soldaten einfach weniger zu essen gibt. Ebenso werden bei der Bekleidung 20 Millionen, bei Betten 16 Millionen, bei der Heilbehandlung fünf Millionen, bei Medikamenten vier Millionen „erspart“. Dagegen ist der Aufwand für Kanonen von 1924 auf 1925 von 121 auf 149, also um 28 Millionen gestiegen, für Militärschulen beträgt der Mehraufwand fünf Millionen, bei der Ausbildung von Reservisten und Manövern gar 21 Millionen. Also noch mehr Kanonen über als 1924. So wird eben beim Militär gespart: weniger zu essen für Soldaten und mehr Kanonen!

Ähnlich wird bei den anderen Ministerien „gespart“. Im Budgetkapitel des Ministeriums des Innern findet man daß wir für die Polizei 1925 um acht Millionen mehr ausgeben sollen als 1924 (127 und 135 Millionen); die Kosten der Gendarmen steigen gleichfalls und zwar von 233 auf 235 Millionen.

Dafür erspart man an den Volksschulen nicht weniger als 70 Millionen K. 1924 wurden für die Volksschulen 206 Millionen veranschlagt, heute nur 135 Millionen also um ein volles Drittel weniger. Freilich sind die Minderberufsschulen davon nicht getroffen, denn der Aufwand für diese ist von 1924 auf 1925 von 55 auf 60 Millionen K gestiegen. Mit an-

deren Worten, deutsche Schulen werden gesperrt, tschechische neu errichtet.

Bemerkenswert ist, daß die Ersparnisse auch den Kultus nicht treffen. In diesem Kapitel gibt es dank Vater Stramek keine Abstriche. Auch auf den jüdischen Kultus hat der fromme Vater nicht vergessen und bedankt ihn noch reichlicher als voriges Jahr. Im Bereiche seines eigenen Ministeriums, nämlich in dem der öffentlichen Gesundheit, hat der Herr Minister Stramek, der mehr an die Fürsorge der Bevölkerung im Jenseits als im Diesseits denkt, fleißig getrieben. Die Ausgaben für Jugendfürsorge sind von 4.4 auf 3.3 Millionen, also um ein Viertel, getrichen worden, die für die Leibesübungen von 3.8 auf 2.2 Millionen. Angeblich liegen für den letzteren Zweck keine Gesuche mehr vor was aber eine auf der Hand liegende Unwahrheit ist, weil ja viele von den Gesuchen deutscher Arbeiterturn- und Sportvereine, wie wir wissen unerledigt in den Aktenbüchern des Gesundheitsministeriums liegen. Die Subventionen für die Erbauung von Krankenhäusern hat man von drei auf zweieinhalb Millionen abgebaut trotzdem das Kranfenausland in der Tschechoslowakei schreiend ist. Ebenso sind die Ausgaben zur Bekämpfung der Epidemien von 2.5 auf 1.6 Millionen herabgesetzt worden. Auch die Ausgaben für die Arbeitslosen hat man von 70 auf 41 Millionen herabzusetzen für gut befunden. Was gehen denn die Regierung die Arbeitslosen an, wenn wir nur Kanonen und Wänder haben!

Des Geistes Kind die jetzige Regierung ist, werden wir noch an der Hand der Staatseinnahmen zeigen.

Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß sich die Entscheidung des Ministeriums ausschließlich auf § 113 der Verfassungsurkunde beruft, während eine Vereinsauflösung nach geltendem Rechte nur auf Grund des § 24 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867 erfolgen kann, das vier Fälle der behördlichen Auflösung eines Vereines kennt: Strafgesetzwidrigkeit seiner Beschlüsse und Erlasse, Annahmung der staatlichen Autorität Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches, Aufhören der Bedingungen seines rechtlichen Bestandes.

Diese Bestimmung ist durch § 113, Abs. 2 der Verfassungsurkunde keineswegs ersetzt und vollständig aufgehoben worden sondern hat durch die Verfassung eine eigentümliche Modifikation erfahren, indem zu jedem der früheren Auflösungsgründe (mit Ausnahme der Strafgesetzwidrigkeit, bezüglich welcher eine Änderung nicht erfolgt ist) ein weiteres Tatbestandsmerkmal hinzukommen muß, nämlich die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Die Entscheidung des Ministeriums war also zunächst schon deswegen ungesetzlich, weil es den Tatbestand einer unrichtigen gesetzlichen Bestimmung, nämlich der Verfassung statt dem durch die Verfassung modifizierten Vereinsgesetz subsumierte.

Das Oberste Verwaltungsgericht gibt zu, daß seit dem Bestehen der tschechoslowakischen Ver-

fassung eine Ueberschreitung der statutenmäßigen Wirksamkeit an sich zur Auflösung nicht genüge. Diefem von ihm anerkannten Rechtslage handelt es zuwider, wenn es an einer anderen Stelle eine Statutenüberschreitung, die die Verhältnisse des Vereines nach außen betrifft, als hinreichend ansieht. Denn jede Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungsbereiches wirkt eben, nach außen, durch sie überschreitet der Verein das Gebiet, das seiner Tätigkeit durch die Statuten zugewiesen ist und wirkt außerhalb dieses Gebietes.

Es ist unrichtig, daß die Tatsache daß eine Arbeitergewerkschaft eine Resolution des oben zitierten Inhaltes annimmt, den „rechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Normen“ Ueberschreitung der zur Zeit des Inkrafttretens der Verfassung (1920) oder zur Zeit der Annahme der beauftragten Resolution (1922), oder zur Zeit der Erlassung der angefochtenen Entscheidung (1923) oder endlich zur Zeit der verwaltungsgerichtlichen Urteilsfällung (1924) geübertreten haben.

Jeder Zeugniser weiß, daß die Annahme solcher und ähnlicher Resolutionen, daß die Beteiligung an großen wirtschaftlichen Kämpfen, die in der heutigen Zeit immer eine politische Seite haben (man denke z. B. an die Demissionen der österreichischen Bundesregierung als Folge eines Eisenbahnerstreiks), zu den regelmäßigen Aufgaben der Gewerkschaften gehören. Es ist allgemein bekannt, daß Gewerkschaften aller Richtungen sich

an Aktionen, die mit der gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Betätigung viel weniger zusammenhängen als die erwähnte Resolution, beteiligen, ohne daß ihre Leiter und Mitglieder, die Dessenität oder selbst die Behörden, vor deren Augen all dies geschieht, darin eine Uebertretung der rechtlichen, ethischen oder gesellschaftlichen Normen erblickt hätten. Oder will vielleicht jemand behaupten, die Anti-Kriegs-Rundgebungen, die die Gewerkschaften aller Länder im heurigen Jahre mitveranstalteten, ständen mit diesen Normen im Widerspruch?

Das Oberste Verwaltungsgericht scheidet im Vorgehen des Schuhmacherverbandes eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung insbesondere von dem Gesichtspunkte aus, daß durch die Ausübung angeblich politischer Tätigkeit durch einen statutengemäß unpolitischen Verein, der Staat in seinem Kontrollrecht beschränkt wird, dem politische Vereine in weiterem Maße unterliegen als die unpolitischen.

Diese Argumentation übersehen die bereits oft besprochene Tatsache, daß die „draconischen Bestimmungen des Vereinsgesetzes über politische Vereine, die die Bildung von Zweigvereinen und jeden Verkehr solcher Vereine untereinander verbieten und den Vereinen zur Pflicht machen, alle ihre Mitglieder der Behörde anzuzeigen, durch die Macht der Tatsachen schon längst ihre praktische Geltung verloren haben, oder, um es in der Juristensprache auszufragen, in desuetudinem geraten sind. Als Folge dieser strengen Bestimmungen hat sich das politische Leben in Gebieten abgelebt, die keinem Vereins- und keinem Versammlungsrecht unterstehen, in den politischen Parteien. Diese waren ursprünglich nur gewöhnlich rechtlich existent, haben aber durch die Gesetzgebung der Republik, die den ganzen Parlamentarismus auf den Parteien aufgebaut hat, auch positive rechtliche Anerkennung gefunden.

Die Behauptung, daß das staatliche Kontrollrecht dadurch beschränkt wird, daß ein unpolitischer Verein eine politische Tätigkeit entfaltet, ist daher bei einem Rechtszustand unzutreffend, in dem der Staatsverwaltung über diejenigen Personenvereinigungen, die sich ausschließlich mit Politik befassen und in der Politik eine derart überragende Bedeutung haben, daß alle andere politische Betätigung daneben verschwindet, überhaupt kein Kontrollrecht zusteht.

Und selbst wenn alle diese Einwände nicht beständen, bliebe noch immer die Frage offen: Liegt wirklich eine Statutenüberschreitung vor? War die Annahme der Resolution wirklich politische Tätigkeit?

Der Begriff „Politik“ ist weder in der Wissenschaft noch in der Praxis eindeutig bestimmt. Man spricht oft von Politik in einem ganz weiten Sinn, als von der Anstrengung gesellschaftlicher Zwecke mit gesellschaftlichen Mitteln und unterscheidet da viele Spezialgebiete: z. B. Volkswirtschaftspolitik, Verwaltungspolitik, Sozialpolitik.

Es ist auf den ersten Blick klar, daß das Vereinsgesetz bei der Unterscheidung von politischen und unpolitischen Vereinen an diesen Begriff der Politik nicht denkt, sondern eine ganz andere Unterscheidung vor Augen hat, die sich mit dem, was der allgemeine Sprachgebrauch unter „politisch“ und „unpolitisch“ versteht deckt und merkwürdigerweise, obwohl die Verfasser des Vereinsgesetzes unserer Ideologie wohl ganz fern standen auch der in der modernen Arbeiterbewegung gebräuchlichen Unterscheidung von politischer und Gewerkschaftsbewegung entspricht: „politisch“ ist alles, was sich auf das Staatsleben im engeren Sinne auf Staatsoberhaupt, Regierung, gesetzgebende Körperschaft bezieht; unpolitisch ist alles andere. „Unpolitisch“ ist also das ganze Politische, unpolitisch

Der gekohlene Körper.

1. Novelle von G. O. Wells.

Mr. Bessel, Sonderchef der Firma Bessel, hat u. Brown in London, war viele Jahre bereits in eingeweihten Spiritistenkreisen bekannt als ein vorurteilsloser und gewissenhafter Pfadfinder auf diesem Gebiet.

Er war Junggeselle und bewohnte, im Gegensatz zum Großteil seiner Landesgenossen, welche in der Umgebung Londons lebten — eine Wohnung in der Albansstraße. Ganz besonders interessiert an den Fragen der Gedankenübertragung sowie der Projektion von Erscheinungen Lebender, begann er im Jahre 1896 eine Reihe von Versuchen, gemeinsam mit Mr. Vincey aus Staple Inn, um nachzuweisen, daß es möglich sei, kraft eigenen Willens sein körperliches Ich im Weltraum zu fixieren u. zu lösen.

Die Experimente gingen in folgender Weise vor sich: Zu einer vorbestimmten Stunde schloß sich Mr. Bessel in einem seiner Zimmer in der Albansstraße ein, während Mr. Vincey in seinem Speisezimmer in Staple Inn das gleiche tat. Und nun konzentrierte jeder von ihnen seine Gedanken so scharf als möglich auf die Persönlichkeit des anderen. Mr. Bessel hatte die Kunst der Selbsthypnose erlernt. Bei seinen Versuchen richtete sich sein Streben stets darauf, sich möglichst rasch in den hypnotischen Trancezustand zu versetzen und dann als „Phantom des Körperlichen“ die nahezu zwei Meilen lange Strecke bis zu Mr. Vinceys Zimmer zu durchqueren. Mehrere Abende hindurch versuchte er dies ohne leiblichen Erfolg aber bei der fünften oder sechsten Wiederholung sah Mr. Vincey tatsächlich die Erscheinung Mr. Bessels — oder bildete er sich wenigstens ein sie zu sehen — wie sie aufrecht im Zimmer stand. Er behauptete, daß die Erscheinung, obwohl von kurzer Dauer, so doch sehr lebhaft und wirklich-

keitsvoll war; bemerkte ferner, daß Mr. Bessels Anblick bleich war und sein Aussehen answoll, daß Haar in wirrer Unordnung. Obwohl Mr. Vincey jene Erscheinung so erwartet hatte, war er in diesem Augenblick zu überrascht, um sprechen oder sich bewegen zu können, und in diesem Augenblick schien die Gestalt zu zerfallen und ließ darauf in nichts zu zerfallen.

Es war verabredet worden, jede Erscheinung womöglich photographisch festzuhalten, doch hatte Mr. Vincey im gegebenen Augenblick nicht die Geistesgegenwart, die neben ihm am Tisch bereitliegende Kamera zu bedienen; und als er sich besann, war es bereits zu spät dazu. In gebotener Stimmung, trotz des bloß erlöschenden Erfolges, notierte er die genaue Zeit und nahm dann sogleich einen Wagen nach der Albansstraße, um Mr. Bessel von dem Erfolg Mitteilung zu machen.

Zu seinem Erstaunen fand er Mr. Bessels Wohnungstür trotz der hereinbrechenden Nacht weit offen. Die Zimmer erleuchtet und in ungeheurer Unordnung. Auf dem Boden lag eine leere Champagnerflasche, ihr abgebrochener Hals am Schreibtisch neben dem Tintenfaß. Ein acht-eckiger Tisch, der für gewöhnlich eine Bronzestatue sowie eine Anzahl ausgewählter Bücher trug war in roher Weise umgestürzt worden. Die gelbe Wandfarbe hatte jemand mit feinen Fingern beschmieret — aus bloßer Freude am Zerstreuen, allem Anschein nach. Einer der Vorhänge war festig aus seinen Ringen gerissen und gegen den Mann in geworfen worden, so daß leichter Rauch das Zimmer erfüllte. Der ganze Raum war rätselhaft auf ganz seltsame Weise zugerichtet. Mr. Vincey, der erwartet hatte seinen Freund in Lehnstuhl sitzend anzutreffen, konnte einige Augenblicke seinen Augen kaum trauen und starrte verwundert auf die Verwüstung.

Dann, in banger Vorahnung eines Unglücks, rief er den Pförtner. „Wo ist Mr. Bessel?“ fragte

er. „Wissen Sie, daß in seiner Wohnung die ganzen Möbel zerbrochen sind?“ Der Pförtner antwortete nicht, sondern betrat sogleich Mr. Bessels Wohnung, um mit eigenen Augen zu sehen, was geschehen war. „Das erklärt alles“, meinte er dann, die Verwüstung betrachtend. „Darauf wußt ich nichts.“ Mr. Bessel ist fort. Er ist jedenfalls verrückt geworden.“

Nun erzählte er Mr. Vincey, daß vor etwa einer halben Stunde — also ungefähr zur Zeit der Erscheinung Mr. Bessels in Mr. Vinceys Zimmer — der vermiste Bessel aus dem Tore gestürzt war, huflos mit wirren Haaren und in der Richtung der Bond Street verchwand. „Und als er an mir vorbeikam“, sagte der Pförtner, „da lachte er — eine Art keuchendes Lachen, mit offenem Mund und starren Augen. Ich sage Ihnen, er machte mir Angst — so etwa.“

Seinem Bericht nach war es alles aber als ein verängstigtes Lachen gewesen. „Er winkte mir mit der Hand, die Finger wie zu einer Klaue gekrümmt — so etwa. Und dann sagte er mit leidenschaftlichem Klüßern: „Leben“. Gerade dieses eine Wort „Leben“.“

„Mein Gott“, rief Mr. Vincey. „Nun, nun“, und „Mein Gott“. Er wußte nichts weiter zu sagen. Er war natürlich sehr überrascht. In größter Bestürzung lief er von der Wohnung zum Pförtner und vom Pförtner zur Wohnung. Doch ging ihr Gespräch nicht über die von Dr. Vincey wiederholte Aeußerung hinaus, daß Mr. Bessel im nächsten Augenblick zurückkommen und die ganze Angelegenheit aufklären werde. „Es wird ein plötzlicher Zahnsturz gewesen sein“, meinte der Pförtner noch, „ein gar plötzlicher heftiger Zahnsturz, daß ihn überfallen und wußt gemacht. Ich habe vor kurzem selbst alles mögliche zerbrochen in einer solchen Lage.“ Dann aber dachte er ein wenig nach: „Nur wenn es das war, warum hat er mir das Wort Leben zugerufen, als er vorbeikam?“

Mr. Vincey wußte es nicht. Mr. Bessel kam nicht zurück, und so ging Vincey schließlich, nachdem er sich noch einige Male hilflos umgesehen hatte, in größter Besorgnis nach Hause — nicht ohne an sichtbarer Stelle am Schreibtisch einen Zettel mit einer kurzen Frage zurückgelassen zu haben. Die Beschriftung lag ihm schwer in den Gliedern, da ihm jede Erklärung für Mr. Bessels Tun fehlte. Er versuchte zu lesen, aber vergeblich; machte einen kleinen Spaziergang, und war so in seine Gedanken vertieft, daß er beinahe an der Ecke der Chance Lane unter der Räder eines Wagens gekommen wäre; und ging schließlich eine volle Stunde vor der gewohnten Zeit, zu Bett. Gewisse Zeit konnte er nicht einschlafen, in Erinnerung an die Verwüstungen in Mr. Bessels Zimmer, und als er schließlich in unruhigen Schlaf fiel, wurde dieser sogleich durch einen lebhaften und ganz trostlosen Traum von Mr. Bessel gestört.

Er sah ihn, bestig gestikulierend, in bleichem und gequältem Gesicht. Und auf unerklärliche Art vereint mit dieser Erscheinung, vielleicht hervorgerufen durch ihren Ausdruck, überfiel ihn ein intensives Gefühl des Grauens, ein Drang, zu handeln. Er glaubte sogar, die Stimme seines Freundes zu hören wie er angstvoll nach ihm rief obwohl er im selben Augenblick schon dies alles als Einbildung erkannte. Die Lebhaftigkeit der Empfindung blieb auch nachdem Mr. Vincey aufgewacht war. Eine Zeit lang lag er zitternd in der Dunkelheit, beherrscht von jenem unbestimmten, unerklärlichen Angstgefühl von unbestimmten Möglichkeiten, das als Ausgeburt der Träume auch den Tapfersten bisweilen überkommt. Schließlich raffte er sich zusammen und legte sich auf die andere Seite und schlief wieder ein.

(Fortsetzung folgt.)

ist aber insbesondere nach der Anschauung unserer Rechtsordnung, die ja nicht auf dem Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung steht, die ganze Wirtschaft.

Unpolitisch bleibt eine Tätigkeit auch dann, wenn sie nicht von einzelnen, sondern von Massen betrieben wird; eine Aufforderung zur Anwendung der revolutionären Massenaktion zur Behinderung der Herrschaft der Lohnherren ist eine Tätigkeit des Wirtschafters, und zwar auch dann, wenn man hierbei das Endziel, die Erhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht aus dem Auge zu verlieren wünscht.

Einen Beleg für diese Auffassung bietet das Terrorgesetz von 1921. Es bestimmt, daß ein Streik und eine Ausverweigerung straflos ist, es sei denn, daß politische, religiöse oder nationale Motive dem Kampf zu Grunde liegen. Das Terrorgesetz geht also von der Auffassung aus, daß „politisch“ und „wirtschaftlich“ Gegensätze sind. Ein Aufruf zur energischen Führung von Kämpfen gegen unbedeutende Lohnherrenabsetzungen ist daher der Typus einer unpolitischen Handlung und gewiß nicht die Ueberschreitung des Wirkungsbereiches einer Arbeitergewerkschaft.

Zu bedauern ist, daß das Oberste Verwaltungsgericht konstatiert, die Resolution gäbe in ungenügender Weise zu erkennen, daß die angestrebten Erfolge unter Umgehung der verfassungs-

mäßigen Faktoren und die Aenderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung auf gewaltsame Weise stattfinden soll, obgleich für diese Feststellung des Verichies jegliche Grundlage fehlt.

Das Gericht hat die Entbindung, daß die Auflösung mehr als ein Jahr nach Annahme der verfassungsmäßigen Resolution (in der Resolution bestand nämlich die ganze politische „Tat gleich“) erfolgte, mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß das Recht der Behörde, einen Verein aufzulösen, weder durch die Verfassungsurkunde noch durch eine andere Vorschrift zeitlich irgendwie beschränkt ist. Es ist wohl richtig, daß eine ausdrückliche Vorschrift, die gerade das Vereinsauflösungsrecht terminiert nicht besteht; die Intention des Gesetzes kann aber nicht die sein, daß über jedem Vereine das Damoklesschwert der Auflösung durch Jahre und Jahrzehnte wegen einer einzigen Handlung schweben kann, wo die Strafbarkeit der Uebertretungen des Vereinsgesetzes schon in drei Monaten verjährt.

Die herrschende allgemeine Ansicht von den, wie das Oberste Verwaltungsgericht sagt, maßgebenden ethischen und gesellschaftlichen Normen erblickt vielmehr in enger Aufschließungsverfügung, die nach Ablauf einer unangemessenen langen Zeit erfolgt, nicht eine legale Handlung, sondern einen unbilligen, in die Form eines staatlichen Verwaltungsaktes gekleideten Rechtsakt und in der Sanktionierung dieser Verfügung einen Fehlschritt. Dr. Eugen Schwelb.

erforderlich sind so bedeutet dies einen Mehrbedarf von Karstoffeln für industrielle Verarbeitungszwecke um 5200 Waggons.

Der Finanzminister kann nicht näheres sagen.

Finanzminister Bečla beantwortete die Anfragen, die in der Debatte von der Koalitionsabgeordneten vorgebracht wurden und teilte hierbei unter anderem mit, daß die Regierung die Beilegung der Flächenweinsteuer erwägt. Gegenüber den Steuerträgern wird schonend vorgegangen. Nur dort, wo sich ein Widerstand gegen die Einhebung der Steuer geltend macht, greifen die Steuerämter zu härteren Mitteln. Die verspäteten Steuerbemessungen sind auf Konto der im Kriege entstandenen Rückstände zu buchen. Was das Steuersystem anlangt, so ist dies eine ungenügende komplizierte Sache, über die man heute nichts näheres sagen kann. Der Minister sprach sich über die Spirituswirtschaft und erklärte, er würde die Einführung des Spiritusmonopols dann für eine gangbare Lösung halten, wenn er die finanziellen Mittel hierzu in der Hand hätte. Der Minister meint, daß der von Dr. Kasin betriebene Weg gangbarer ist als jeder andere. Der Weg, den unsere Nachbarkländer gegangen sind, war falsch, das brauche man nicht zu beweisen, das beweisen die Verhältnisse. Der Minister ist Optimist und glaubt, daß wir zu einem guten Ziel gelangen werden.

Die Spekulation der Landwirte.

Bei Beratung des Kapitels „Landwirtschaft“ verwies der tschechische Sozialdemokrat Mordáček darauf, daß sowohl am Getreidemarkt, wie am Viehmarkt das einheimische Angebot niedriger ist als im Ausland. Es besteht kein Zweifel, daß eine von den Ursachen dieser Kalamität die schwächere Ernte und das Steigen der Weltmarktpreise ist. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, daß unsere Landwirte, in der Hoffnung, es würden die Preise weiter steigen, die Einfuhr des Getreides und des Viehes hintanhalteten. Nebenbei bezeichnet er einen der Gründe des Mißverhältnisses zwischen dem Getreide- und Viehpreis die Bodenreform, die zur Zerbröcklung der Großgrundbesitze geführt hat.

Expozé Hodžas.

Der Landwirtschaftsminister Dr. Hodža sagt, er habe alles getan, um eine Herabsetzung der Posten seines Ressorts zu verhindern. Der Minister ist dafür, daß die übertriebene parteipolitische Einstellung aus unserem öffentlichen Leben verschwindet. Er sei als Slowake von dem alles freßendem Parteiwesen in Böhmen und Mähren nicht erfasst. Was die landwirtschaftlichen Subventionen anbelangt, so werden diese vom Ministerium selbst nicht mehr verteilt, sondern die Verteilung wird einzelnen politischen Bezirksverwaltungen überlassen.

Der Minister teilt mit, daß er ein neues Gesetz über die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Landwirtschaftskammer vorbereitet.

Der Krieg hat gezeigt, daß der entscheidende Faktor im Wirtschaftssiege nicht der Konsument ist. Es ist nicht möglich, festzustellen, wo der Konsument beginnt und wo er aufhört. Die alte These müssen wir dahin ändern, daß wir alle Töne des Gleichgewichts der wirtschaftlichen und sozialen Faktoren brauchen. Im Interesse der Konsumenten müssen wir die landwirtschaftliche Erzeugung nicht nur schützen, sondern mit allen politischen, handels- und finanzwirtschaftlichen Mitteln unterstützen.

Es unterstützt den höchsten Grad der Autarkie in der Landwirtschaft zu erreichen. Man braucht nicht kriegerische Konflikte zu glauben, um die Notwendigkeit dieser Politik einzusehen. Eine dauernd ungünstige Getreidebilanz bedeutet fast soviel als ein kleiner Krieg. Wir führen jährlich für zwei Milliarden Fett, Weizen, Mehl und Fleisch ein, die sich ersparen lassen. Die Ursache liegt darin, daß unsere Produktion nicht genügt. In den letzten Jahren sank unsere Anbaufläche um 60.000 Hektar. Dies erklärt sich daraus, daß die Rentabilität der Getreideproduktion gesunken ist zu einer gewissen Zeit sogar unter die Produktionskosten. Sobald das Preisniveau stieg, begann auch die Anbaufläche sich zu vergrößern, so daß wir im vorigen Herbst eine Vergrößerung derselben um etwa 12.000 Hektar feststellen konnten. Daß hierbei die Frage der Rentabilität entscheidend ist, beweist der Umstand, daß die Anbaufläche der Zuckerrübe um mehr als 40 Prozent gestiegen ist, weil eben die Zuckerrübe genügende Rentabilität erwies. Ob die Bodenreform auf das Sinken der Getreideproduktion und der Viehzucht einwirkte, ist statistisch nicht erwiesen. Aber unsere Erfahrungen überzeugen uns, daß dies nicht der Fall ist.

Der Minister verweist darauf, daß er auf die Festsetzung des Postens für den Resorptionsfonds im Betrage von 15 Millionen unter der Bedingung beigetreten ist, daß er gleichzeitig dem Parlament eine Gesetzesvorlage über die Erhebung dieses Betrages auf 30 Millionen Kronen jährlich vorlegen kann.

Um uns landwirtschaftlich selbst zu bemühen, müssen wir vor allem die landwirtschaftliche Produktion in der Slowakei erheben, denn die slowakische Ebene ist der Schlüssel hierzu. Die Elektrifizierungsaktion muß durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Aus dem Kunstbühnenfond wird

ein Betrag zur Errichtung eines Hofsenversuchsinstitutes verwendet werden. Die Bodenreform muß auch den Waldbesitz ergreifen, denn wir müssen alle Reste der Großgrundbesitzerherrschaft beseitigen. Diese Reform muß allmählich durchgeführt werden. Bisher haben wir 118.000 Hektar Waldboden in staatliche Verwaltung übernommen. Im nächsten Jahre werden wir weitere etwa 50.000 Hektar übernehmen.

Inland.

Falsche Gerüchte über unsere Partei.

Zu der am 9. November 1924 im „Pravo Lidu“ veröffentlichten Notiz, in der behauptet wird, der Reichsausschuß werde sich mit der Meinungsverschiedenheiten zwischen den aktivistisch und negativistisch eingestellten Parteigenossen beschäftigen müssen, stellt der Parteivorstand fest, daß derartige Behauptungen und Versäufelungen der Politik der tschechischen Sozialdemokraten durchaus nicht danach angetan ist, aktivistische Reigungen aufkommen zu lassen.

Der tschechische „Cech“ und die Habsburger. Alle Liebe kostet nicht. Der einst treu den Habsburgern dienende Prager tschechische „Cech“, das Organ des Prager Erzherzogs, bringt in auffälliger Form eine Nachricht, in der es heißt:

Gegen die Republik erhebt wegen ihrer Unhöflichkeit das geachtete (!!) Amsterdamer Blatt „Tijds“ folgenden Vorwurf (!) Am 28. Oktober wurde Erzherzog Franz Josef, der Sohn des Erzherzogs Josef, mit der Tochter des geisteskranken sächsischen Königs, dessen Residenz in Zschillen ist, vermählt. Der Erzherzog und seine Gemahlin mußten, aus Budapest reisend, ihren Weg über Sachsen, Bayern und Oesterreich nehmen, weil die tschechoslowakische Regierung ihnen die Durchreise nicht gewährte. In Oesterreich wurde der Erzherzog und seine Gemahlin huldvollst begrüßt, es waren Tausende zu sehen. So eine Demonstration fürchtete die tschechoslowakische Regierung und, obwohl seit Friedensschluß bereits fünf Jahre verlossen sind, hat sie nicht so viel Höflichkeit gelernt, um dem Erzherzog die Durchreise durch die Tschechoslowakei zu erlauben.“

So schreibt dasselbe Blatt, das gegenüber dem Präsidenten der Republik eine — gelinde gesagt — referierte Haltung einnimmt.

Die neue kommunistische Führergeneration. In der konstituierenden Sitzung der kommunistischen Parteivertretung wurden, wie wir bereits kurz meldeten, zu Obmännern der Partei Salek und Neurath, zu Politischen Sekretären Haken und Neurath, zu Organisationssekretären Japotoch und Horn gewählt. Chefredakteur des „Rude Pravo“ ist Dobrovolsky, leitender politischer Redakteur Dolcäl (Brann), leitender Redakteur des Abendblattes Sazka. — Neurath hat also erreicht, was er wollte, er ist der Sekretär der Partei, während Kreibitz nicht einmal im Vollzugsausschuß ist.

Ausland.

Amerika und Sowjetrußland.

Senator Borah für die Anerkennung.

New York, 12. November. (Newer.) Senator Borah, welcher wahrscheinlich der Nachfolger des verstorbenen Senators Lodge in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Senatsausschusses sein wird, erklärte in einer in Salisbury abgehaltenen Frauenversammlung, er sei überzeugt, daß eine Rekonstruktion Europas ohne die Anerkennung Sowjetrußlands durch Amerika nicht erfolgen könne. Er glaubt nicht daran, daß es möglich wäre, die Frage der Abrüstung und der wirtschaftlichen Gesundung Europas ohne die vorübergehende Lösung des russischen Problems zu regeln. Schließlich betonte Borah, Amerika werde weder in den Völkerbund noch in eine andere politische Allianz Europas eintreten.

Die Auflösung der Stupschina. Das Ministerium Pafić hat es doch nicht getagt, die Stupschina noch länger beisammen zu lassen und durch einen Staatsstreich die Macht in die Hände der Radikalen zu bringen. Sie hat die Stupschina aufgelöst und für Anfang Heber Neuwahlen ausgeschrieben. Die demokratischen Parteien treten allerdings mit sehr ungünstigen Aussichten in den Wahlkampf ein. Radiz ist flüchtig, die kroatische Bauernpartei daher rat- und führerlos, die Demokraten sind verlegen über die unkluge Haltung der Radizianer und werden nicht in der Lage sein, ein klares Regierungsprogramm aufzustellen.

Wieder ein Parteikonflikt in Sachsen. Der sächsische Landtag lehnte am Sonnabendnachmittag einen deutschen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen zum 7. Dezember mit 50 gegen 43 Stimmen ab. Für den Antrag auf Auflösung stimmten außer den Deutschnationalen die Kommunisten und der Linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion. Gen. Schwarz begründete diese Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die für die Auflösung stimmten, mit dem Beschluß des letzten Landesparteitages. Für die Fraktionsmehrheit sprach Genosse Wirth, der eine Auflösung des sächsischen Landtages im jetzigen Augenblick als unangebracht bezeichnete. Mit der Fraktionsmehrheit stimmten die Demokraten und

Finanz- und Landwirtschaftsprobleme

im Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses.

Prag, 12. November. In Fortsetzung der Spezialdebatte befaßte sich der Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses in Abwesenheit der Opposition mit den Kapiteln, die in die Finanzgruppe gehören, und mit dem Kapitel „Landwirtschaft“.

Die Beratung der Finanzgruppe brachte ein Referat Dr. Rosel's, das eine Uebersicht über unser Steuersystem gab. In der Debatte griffen die Vertreter der tschechischen sozialistischen Parteien, und zwar der Sozialdemokrat Kemeš und der Nationalsozialist Trnabranský das Finanzregime Bečla's heftig an. Der Finanzreferent wußte nicht recht, was er antworten sollte. So wie schon oft vorher, berief er sich auf Dr. Kasin's. Das neue an seinen Ausführungen, daß er sich als Optimist bezeichnete. Er scheint dies seinem Chef abgeguckt zu haben, denn Svehla hat am Samstag bekanntlich dasselbe gesagt. Im übrigen dürfte das heutige Budget Bečla's das letzte sein, — das beweist auch seine heutige Rede.

Bei Beratung des Kapitels „Landwirtschaft“ war die Rede Mordáček's bemerkenswert, der seinen bekannten abweichenden Standpunkt zur Bodenreform von neuem betonte und die Rede des Ministers Hodža, durch die sich wie ein roter Faden der Gedanke zog: „Die landwirtschaftlichen Zölle müssen kommen, sonst geht die Landwirtschaft und der Staat zugrunde.“ . . . In der offiziellen Wiedergabe seiner Rede durch die Parlamentskorrespondenz kam dies allerdings nicht zum Ausdruck.

Nachstehend die wichtigsten Momente aus der Debatte:

Unser Steuersystem.

Bei Beratung der Finanzkapitel führte der Referent Dr. Rosel aus:

Auf Grund des Vergleiches der präliminierten Steuererträge mit den tatsächlichen Einnahmen des Jahres 1923 und des ersten Semesters 1924 gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Präliminierung für 1925 sehr vorzüglich erfolgte. Dies gilt insbesondere von der Grundsteuer, die im ersten Halbjahr 1924 68 Millionen einbrachte und für 1925 mit 140 Millionen präliminiert ist. Die allgemeine Erwerbsteuer hat im Vorjahre 238 Millionen eingebracht, im heutigen ersten Semester 116 Millionen und ist mit 247 Millionen präliminiert. Die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslage verpflichteten Unternehmungen brachte im Vorjahre 222 Millionen, im ersten Halbjahr 1924 148 Millionen ein. Nach den steigenden Steuererträgen im ersten Halbjahr 1924 meint der Berichterstatter, daß die Wirtschaftslage, wenn auch nicht rapid, so doch allmählich sich bessert. Die Einkommensteuer auf, doch ist diese Ziffer mit Rücksicht auf den Steuerertrag im ersten Halbjahr im Betrage von 421 Millionen gerechtfertigt.

Die Umsatz- und Luxussteuer hat im Vorjahre 1416 Millionen und im ersten Halbjahr 1924 771 Millionen ergeben und ist mit 1590 Millionen präliminiert. Auch die Präliminierung der Verbrauchsteuern ist vorsichtig und motiviert. Die Spiritussteuer hat im ersten Halbjahr 176 Millionen betragen und ist mit 390 Millionen präliminiert. Die Zuckersteuer ergab im ersten Halbjahr 80 Millionen und ist mit 165 Millionen präliminiert.

Auch im künftigen Jahre werden wir im Budget nicht die Bilanzergebnisse der dem Finanzminister unterstehenden Betriebe finden, nämlich der Tabakregie, der Staatslotterie, des Münzandes und des Bankwesens. Des wird erst im Budget für 1927 der Fall sein.

Dr. Rosel sagte, daß das Finanzministerium ein großes Stück Arbeit geleistet hat indem es den Vorschlag für 1925 um eine volle Milliarde herabsetzte. Die staatliche Administration wird jedoch in Zukunft gezwungen sein, eine Reihe von Funktionen an Privatunternehmer oder Privatorganisationen, allerdings unter Kontrolle des Staates zu überlassen. Wenn wir zu einer Vereinfachung der Administration und zur Herabsetzung der Verwaltungsausgaben gelangen sollen, dürfen wir nicht so verfahren, wie bisher. Es ist nicht an eine Herabsetzung der Beamtenzahl zu denken, solange wir nicht die Agenda der staatlichen Verwaltung vereinfachen. Der Staat hat gesetzlich die Möglichkeit, durch Besteuerung des Luxus das Wirtschaftseben zu regeln und wirksam in die

jetzige Eigentumsverteilung einzugreifen. Durch derartige Luxussteuern werden häufig nur nichtige Erwerbsszweige geschädigt. Dieser Frage sollte das Finanzministerium entsprechende Aufmerksamkeit widmen.

Die Spirituswirtschaft.

Abg. Kemeš (tschech. Zog.) brachte wie im Vorjahre wieder die Spirituswirtschaft zur Sprache und stellte fest, daß sie noch immer auf ungenügender Grundlage beruhe. Nichtsdestotrotz wurde die Erhöhung des Erzeugungscontingentes von 400.000 auf 500.000 Hektoliter bewilligt. Der Export, den die Spiritusgesellschaft heuer im großen Stile eröffnete, verschlang 50 Millionen Kronen, da die Gesellschaft 106.000 Hektoliter zu einem Durchschnittspreis von 150 Kronen verkaufte, während der Inlandspreis 3510 Kronen für den Hektoliter beträgt. Die Erhöhung des Kontingentes war aber auch sachlich nicht begründet. Durch drei Jahre wurde das Kontingent mit 430.000 Hektoliter festgesetzt und der Spiritusindustrie ging es dabei so gut, daß sie offiziell 30 Prozent Dividende und noch mehr auszahlte. Von den landwirtschaftlichen Spiritusbrennerei-Genossenschaften mit ihren Millionenfonds brauche man ja überhaupt nicht mehr zu reden. (Herr Kemeš hätte sich als Koalitionsabgeordneter zweifellos richtiger geäußert, wenn er gesagt hätte, daß über höheren Koalitionsbefehl von den verschwundenen Spiritusmillionen ein für allemal nicht mehr gesprochen werden dürfe. Anm. d. R.) Die einheimischen Vorräte reichen vollständig zur Deckung des Inlandsbedarfes aus und es gab daher keinen Grund zur Erhöhung des Kontingentes auf 500.000 Hektoliter. Weiter müsse auf die ungünstige Texturierung des Vertrages, den der Staat mit der Spiritusgesellschaft abgeschlossen habe, hingewiesen werden, weil sie zur Folge hat, daß der Staat heute gegenüber den übertriebenen Gewinnen der Spiritusbrenner keine andere Waffe als die Festsetzung des Kontingentes besitzt. Bei der Festsetzung der Verkaufspreise für Spiritus wird der Staat immer im Nachteil bleiben. Die Behauptung von der Notwendigkeit der Erhöhung der Produktion entspricht schon deshalb nicht der Wahrheit, weil das vorjährige Kontingent von 400.000 Hektoliter von den landwirtschaftlichen Brennereien nicht einmal erfüllt wurde. Es ist deshalb verwunderlich, daß bei der heute immer mehr steigenden Teuerung die Verarbeitung von Karstoffeln in höherem Maße als bisher bewilligt wurde. Bei einer Erhöhung des Kontingentes um 100.000 Hektoliter entfällt nach dem bisherigen Schlüssel auf die landwirtschaftlichen Brennereien ein Quantum von 65.000 Hektoliter. Rechnet man, daß zur Erzeugung eines Hektoliters 8 Weizenentner Karstoffel

Die Volksparteier, deren Redner die deutschnationalen und kommunistischen Angriffe gegen die Koalitionsregierung held kharf zurückwies.

Unruhen in Spanien. In Barcelona und anderen größeren Industriestädten Spaniens kam es dieser Tage zu Unruhen und es soll auch ein Attentat auf den Diktator Primo de Rivera geplant gewesen sein.

Nationalsozialistischer Klassentamp.



„Herr, vergib uns unsere Schulden!“

Tages-Neuigkeiten.

Wolfram recte Wenzel.

Der Name Wenzel hat in den deutschen Gebieten der ehemalsigen Donaumonarchie einen schlechten Klang. Er bewohnte früher zu oft die verschiedensten Kabarett- und Varietébühnen.

Seit einigen Jahren hat es der „böhmische Wenzel“ verstanden, den kornischen Volkstanz, der seine Gestalt und seinen Namen umgab, zum größten Teil zu beiseite zu lassen.

Der deutschnationalen Abgeordnete Lehner hat nun das Recht, daß er auf den Namen Wenzel aus der Taufe gehoben wurde. Solange er nicht im öffentlichen Leben stand, mag ihm sein Vorname, der so wenig zum Fahrenpaß paßt, wohl auch schon die Hänlein seiner Schulfamiliaren und Freunde eingetragen haben.

Und so hieß er nun fortan? Der entzweiteste Wolfram prangte auf Interpellationen und Gesuchanträgen. Bis eines Tages das Wahlgericht feststellte, daß der Wolfram ein gefälschter Wenzel ist und Lehner vor sein Tribunal zitierte.

Der entlarvte kornische Wenzel stimmte da ganz verlegen: Wolfram hätte besser gefaßungen als Wenzel. Es half ihm wenig. Er wird sich nun wieder schon böschenden Wenzel nennen müssen. Wahrscheinlich werden über diesen Wenzel die Ende endausischen bezüglicher lachen als über die einfüge Gestalt der Poststadtbühnen.

Zu all dem kommt noch, daß das Wahlgericht die Untersuchung aller Schriftstücke mit der Unter-

schrift Lehners betreiben lassen kann, denn diese Unterschrift ist ja — da unrichtig — auch ungültig.

Merkwürdige Praktiken der Postdirektion. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Niederleutensdorf-Lindau wurde mitgeteilt, daß die Postdirektion der Gemeinde ein Schreiben zukommen ließ, mit der Mitteilung, daß die derzeitige Oberpostmeisterin veretzt werde.

Demonstration gegen die Personaleinkommensteuervorschriften. Die von den Steuerämtern ausgegebenen Zahlungsaufträge für die Personaleinkommensteuer von einigen Jahren haben innerhalb der Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Dienstag nachmittags versammelte sich am Marktplatz in Duz eine mehrere tausend Personen zählende Menschenmenge, die gegen die Vorschriften protestierte und erklärte, die Zahlungen in dieser Zeit, bei dieser Teuerung und bei dem geringen Lohn nicht leisten zu können.

Teuerungsgundgebung in Trautenau. Zu einer eindrucksvollen Rundgebung der nordostböhmischen Industrieangestelltenchaft gestaltete sich die vom allgemeinen Industrieangestelltenver-

band Reichenberg für Sonntag, den 9. November einberufene Protestversammlung. Der große Turnhallensaal war überfüllt. Von fern und nah waren die Werkmeister herbeigeeilt. Zunächst sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zur Teuerungswelle“ Sekretär Krakerl, sodann erstattete Zentralsekretär Bergmann-Reichenberg einen Vortrag über den Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung und die Forderungen der Industrieangestellten.

Wahlparteien nach Oristrafen! In Boslowitz in Währen finden am kommenden Sonntag die Gemeindevahlen statt. Für diese Wahlen kandidieren „bloß“ 15 Parteien. Unter diesen gibt es einige, die auf den Höhepunkt wiesbürgerlicher Eigenbrödeli angelangt sind. Es sind dies die Parteien, die sich nach den einzelnen Oristrafen benennen. So gibt es eine „Wirtschaftsvereinigung der Romaneskystrafe“, eine „Bereinigung der Wähler aus der oberen Vorstadtstrafe“ usw.

Eine harte Strafe. Auf Beschwerden, daß die Beamten in den Stanzleien des Prager Magistrates nicht die festgesetzten Arbeitsstunden einhalten, wurde eine Kontrollen eingeführt. Montag, präzise 8 Uhr, fand sich unerwartet ein Bürgermeisterstellvertreter im Rathaus ein. In einem

Referate stellte er, so meldet die tschechische Presse, fest, daß dort das akademische Viertel eingehalten werde. Er stellte die Namen aller Abwesenden sicher und erklärte, daß diese keine Neujahrsgremuneration erhalten werden.

Die zensurierte und trotzdem staatsgefährliche Rede. Im Sommer dieses Jahres veranstalteten die Deutschnationalen in Neutitschein eine Sommerfeier, bei der der evangelische Pfarrer Arpad Broser die Festrede hielt. Da man jetzt wegen der geringsten Neuerung, auch wenn sie noch so bedeutungslos ist, nach dem Schutzgesetz bestraft werden kann, legte Herr Broser eine Rede vorher der Behörde zur Zensur vor.

Mörder Alkohol. Der geheimnisvolle Tod einer Gastwirtin aus Neustadt an der Tafelsicht, die man feinerzeit in entkleidetem Zustande tot im Strafengraben gefunden hatte, ist nun auf recht seltsame Art aufgeklärt worden. Die Frau hatte mit einem Freunde im Kretscham zu Bergstratz gezecht. Um 10 Uhr abends verließen beide sternhagelvoll das Gasthaus und jedes ging seinen eigenen Weg: der Mann in den Wald, wo er seinen Rausch ausschließ, die Frau auf der Straße weiter. In dem Wahn, sie sei schon zu Hause, entkleidete sie sich auf offener Straße. Als sie sich niederlegen wollte, stürzte sie aber in den 80 Zentimeter tiefen Strafengraben so unglücklich, daß sie in ihrem Rausche nicht mehr herauskam.

Die Folgen einer Ohrfeige. In der Nacht auf Montag kam es zwischen Niederleutensdorf und Lindau (Bezirk Oberleutensdorf) auf der Straße bei der Habsburgerkolonie zu einer Messerstecherei. In einem Gasthause waren die Müller Rödl und Stejskal und die Brüder Rudolf und Josef Jares aus Rosenhal bis zur Sperrstunde gewesen, worauf sie sich auf den Heimweg begaben. Die Brüder Jares überfielen plötzlich die beiden Müller mit Messern. Dabei erhielt Rödl einen Stich in den Bauch, so daß die Gedärme viermal durchstochen wurden und dann aus der 4 Zentimeter großen Öffnung austraten. Stejskal war ebenfalls durch mehrere Messerstiche schwer verletzt, so daß er auf der Straße zusammenbrach. Nachdem aus dem Gasthause Hilfe gekommen war, wurden die Verletzten in das Brüder Krankenhaus gebracht, während die Brüder Jares dem Bezirksgerichte Oberleutensdorf eingeliefert wurden. Der jüngere Bruder gibt an, daß er allein die Messerstecherei ausübte, da er von Rödl einmal eine Ohrfeige erhielt.

Vom Baugerüst abgestürzt. Auf einem Hause in der Wallensteinstraße in Eger wurde ein drittes Stockwerk aufgesetzt. Die Arbeiten sind bereits beendet und die Arbeiter sind mit dem Enternen des Gerüstes beschäftigt. Der 33 Jahre alte Maurer Stefan Gruber, wohnhaft in Girsberg, Post Zehnowald bei Tachau, stürzte hierbei am Dienstag vormittags durch ein beim Enternen der Bretter entstandenes Loch im Gerüstbelage in die Tiefe. Der im selben Hause wohnhafte Arzt konnte bei dem Verunglückten nur noch den durch Schädelbruch eingetretenen Tod feststellen. Gruber war beim Rückwärtsstürzen in die Gerüstöffnung getreten.

Die andere Seite des Systems.

Von Peter Grau.

Charlie Smith und Philipp C. Baxter spielten Poker. „Paß auf“, murmelte Baxter. Smith gab wieder Paßsch.

Eine furchtbare Hitze senkte New York. Trotdem die Rolläden niedergelassen waren und die Ventilatoren ständig summelten, war die Luft im Zimmer kaum zu atmen, so heiß war sie.

„Fluß Royal“, grunzte Baxter und strich mit einer Handbewegung den pot zu sich herüber. Es mochten zwanzig Dollar sein.

Smith warf die Karten mit einer müden Bewegung hin. „Der Teufel hole dieses Leben! Als ich noch hinter Broomley her war, da wußte man doch noch, wozu man da ist. Aber so...! Glaubst Du mir, Baxter, die Jagd über den Teich, ehe ich noch wußte, ob er es wirklich war, er hatte sich ein wundervolles Gesicht zurechtgemacht, wie er mir in London zweimal entwischte, wie ich ihn dann in Paris in der Rue des Voaux-Arts endlich stellte... Teufel noch mal!“ Sein Gesicht, das eben lebendig geworden war, fiel wieder vor Langeweile zusammen. „Man könnte jeden Verbrecher beneiden, hinter dem sie heute her sind!“

„Bei der Hitze...“ murmelte Baxter. „Ja, weiß der Himmel“, fuhr Smith in Gedanken verfunken fort, „es muß überhaupt ein ganz anderes Gefühl sein verfolgt zu werden als zu verfolgen. Wir kennen ja das System, aber der andere... der glaubt tausend Möglichkeiten zu haben und hat doch in Wirklichkeit nur die eine: von uns erwischt zu werden!“ „Mm“, machte Baxter, den das Gespräch nicht sonderlich interessierte, „ich glaube der Chef hat wieder Arbeit für Dich. Du sollst einen Brief wegdbringen oder so etwas.“ In diesem Augenblick schrillte das Telephon.

Smith ging an den Apparat. „Allright, Sir, bin in zwei Minuten drüben.“ Er legte den Hörer wieder auf. „Der Chef will mich sprechen“, sagte er zu Baxter, nahm dann seinen Hut und ging.

Obwohl sich der Abend bereits über New York senkte, war es noch ebenso schwül wie vorher. Die ganze Straße entlang lagen Menschen auf dem Pflaster an den Häusern, weil sie vor Hitze nicht mehr in ihren Wohnungen aushielten. Smith überquerte den Damm und trat in die kleine Office mit den schwarzen Gläsern, auf denen stand: Lyle u. Hopkins, Detektives.

Mr. Lyle empfing ihn in seinem kleinen Privatkontor. „Sehen Sie sich, Smith“, sagte er, „Sie haben der Firma in der Broomley-Affäre einen großen Dienst erwiesen, vielleicht den größten, seit Sie bei uns sind, d. h. Atkinson, damals vor sechs Jahren, war ebenso viel wert. Gleichviel, außer ihrem rückständigen Gehalt in Höhe von 600 Dollar überreiche ich Ihnen eine Extra-Prämie von 1000 Dollar. Ich hoffe, Sie sind zufrieden.“ Damit schob er ihm ein Kuvert über den Tisch zu. „Ich danke Ihnen“, sagte Smith, während er es zu sich steckte. „Und nun“, fuhr Mr. Lyle fort, „bringen Sie bitte diesen Brief heute abends zu Hollog u. Sons. Er enthält 25.000 Dollar. Wir haben uns mit Broomley geeinigt und werden von einer Anzeige Abstand nehmen.“ Smith nahm den dicken, mehrfach versiegelten Brief an sich und stand auf. „Ist sonst noch Arbeit“, fragte er, sich schon den Hut aufsetzend. „Im Augenblick nichts“, erwiderte Lyle nachdenkend. „Oder doch, eine kleine Ehebruchgeschichte, nicht sonderlich aufregend“, rief er Smith noch nach.

Smith empfand keine besondere Freude, als er sich mechanisch zu Hollog u. Sons auf den Weg machte. Seit dem Spiel mit Baxter ließ ihn ein Gedanke nicht mehr los. Er war nur noch drei Häuser von Hollog entfernt, als er plötzlich stehen blieb. Instinktiv sah er nach dem Brief mit den 25.000 Dollar. Dann pff

er durch die Zähne — und machte kehrt. Mit seinem gewöhnlichen Schritt, nicht zu schnell, nicht zu langsam, ging er die Straße zurück, sahte an der nächsten Ecke einen Autobus und stand zehn Minuten später auf dem Perron der North-Western Railway.

Erst eine halbe Stunde hinter New York stand Charlie Smith von seinem Platz auf und ging in den Speisewagen. Es war halb zehn Uhr abends. „Jetzt warten Sie noch“, sagte sich Smith, „was sie sich bloß denken mögen.“ Dann sah er mit einem Appetit, wie er ihn seit langem nicht mehr gespürt hatte.

Im Coupé hatte der Nigger bereits seinen Schlafplatz zurechtgemacht. Smith fühlte sich müde, aber er konnte lange nicht einschlafen. Was fangen nur diese verdammten Räder, er konnte sich nicht davon losmachen: Charlie Smith, sie fangen dich, Charlie Smith, sie fangen dich!... Nein, zum Teufel, sie sollten ihn nicht fangen, er würde es schlauer anstellen als alle diese Idioten, er kannte ja das System. Den Wahnwitz, den sie fast alle begingen, nach Europa zu flüchten, den würde er nicht begehen. Meistens kriegte man sie schon in irgendeiner Hafenstadt, bestimmt aber auf dem Schiff. Und war schon einmal einer durch die Sperre gewischt, dann ging er bestimmt in die Falle in den Amüsierquartieren von London oder Paris. Nein, man mußte in Amerika untertauchen, am besten sich unter die Arbeiter mischen, ein, zwei Jahre. Das erforderte Selbstbeherrschung, nicht jeder bekommt das fertig. Aber ihn sollten sie nicht fangen, und wenn die Melodie der verfluchten Räder zehnmal auf den Text ging.

Am nächsten Tage wechselte Smith in Chicago seine Garderobe, aber nicht auf einmal, sondern Stück für Stück. Dann suchte er Arbeit. In einem der Schlafhäuser fand er eine Stelle als Packer. Aber er hielt es nicht lange aus. Da ging er aufs Land und begann als Tramp zu leben. Aber hier war die Gefahr zu groß, wegen irgendeiner Kleinigkeit von einem Gendarmen

geschnappt zu werden, deshalb ging er in die großen Städte zurück. In Frisco besorgte er sich die Papiere von einem Mann, der tags zuvor gestorben war. Er hieß nun Jim Cowler, war 42 Jahre alt und aus den Südstaaten. Was sie über Smith dachten, wußte er nicht, denn er hatte in der ersten Zeit mit Absicht keine Zeitungen gelesen. Seine Vergangenheit schien endlos lange hinter ihm zu liegen, nur der dicke Brief mit den 25.000 Dollar, den er unaufmerksam stets in seiner rechten Innentasche mit sich trug, war ein Wahrzeichen aus jener Zeit.

In Frisco arbeitete er in einer Wäscherei. „Jetzt haben sie meine Spur verloren“, sagte er sich, nachdem er vier Wochen dort war. Trotdem gab er die Stelle auf. Ein unerklärliches Gefühl trieb ihn weiter. Er ging nach Kalifornien zur Ernte. Lohn und Essen waren gut, aber er schlief schlecht, die Angst, eines Nachts beraubt zu werden, machte ihn schlaflos.

Eines Abends stand er am Schanztisch einer Bar, als er plötzlich seinen alten Namen hinter sich hörte. Mit beiden Händen hielt er sich krampfhaft an der Messingstange fest. „Nur jetzt nicht umdrehen, nur jetzt nicht umdrehen, das ist der alte Trick“, dachte er, während sich alles wie im Schwindel um ihn drehte. Dann begann der Mann, der den Namen erwähnt hatte, ein Gespräch mit der Wirtin, wobei er Smith von Zeit zu Zeit anfas. Smith stand von oben bis unten in kaltem Schweiß, aber er wagte nicht fortzugehen. Endlich verabschiedete sich der Fremde, nicht ohne Smith noch einmal durchdringend angesehen zu haben. Dann schlich sich auch Smith in sein Quartier, raffte sein Zeug zusammen und verschwand. Aber er fühlte, daß er das Spiel schon verloren hatte. „Das war einer von Baxters Leuten“, murmelte er, während er durch die Nacht nach der nächsten Station stolperte. Aber er wollte noch nicht aufgeben. Noch in der gleichen Nacht rollte er nach den Nordstaaten weiter. Aber er konnte keinen Schlaf finden. Wieder, wie vor einem Vierteljahr fangen die Räder:

Bei der Verhaftung vom Gendarmen blau geprügel. Die asiatische Sitte, Gelangene oder zu Verhaftende, die sich nicht sofort fügen wollen, halb tot zu prügeln, scheint in diesem Staate zu neuem Ansehen zu gelangen. Ueber diese Gepflogenheit der Gendarmerei beschwerte sich vor dem Gerichtshof der in Würbenthal beschäftigte Drechslermeister Franz Häupel, als er sich vor dem Richterkollegium des Landesgerichtes in Troppau wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu verantworten hatte. Häupel, der von seiner Firma als äußerst tüchtiger und geschickter Arbeiter gelobt wird, trank am 22. August etwas über den Durst und im Rausche geriet er mit seiner Frau zu Hause in Streit, so daß sein Sohn keinen anderen Ausweg fand, als die Gendarmerei zu Hilfe zu rufen. Als diese mit einem Wachmann in die Wohnung trat, wurde Häupel erst recht böse und widersetzte sich den Wachorganen, als diese ihn fesseln wollten. Für diese Tat wurde er zu zwei Monaten Kerker unbedingt verurteilt. Bei der Verantwortung gab der Angeklagte an, daß er in betrunkenem Zustande gehandelt habe. „Aber nicht recht und human behandelt ist es“, sagte er dann, „daß einem die Organe derart verprügeln, daß man am ganzen Körper blau ist. Ich habe darüber den Nachweis erbracht.“ Diese Beschwerde beantwortete der Vorsitzende mit folgenden Worten: „Das wissen wir; das geht uns aber nichts an!“

Zwei Mordtäter und Mörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Reuttscheim verurteilte zum Tode durch den Strang die zwei Mordtäter, Fabian und Frydrysek, welche am März d. J. in der Nähe von Dasob den Heger Lebrzydals getötet und dessen Leichnam im Schnee vergraben hatten.

Vor den Zug gesprungen. Der 23 Jahre alte Landwirtssohn Johann Pix sprang Samstag nachmittags zwischen den Stationen Konradgrün und Sandau vor den um 12 Uhr von Eger abgehenden Personenzug und wurde getötet. Eine Gemütskrankung dürfte den jungen Mann in den Tod getrieben haben. Der Lokomotivführer, der den Mann dem Zuge entgegenstürzen sah, hielt den Zug an, doch war es bereits zu spät. Die Schutzvorrichtung der Lokomotive hatte den Mann bereits getötet.

Der Dankenshwind in Wien. Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß vielleicht noch im Laufe dieses Jahres mehrere noch bestehende kleine Banken verschwinden werden. Es ist anzunehmen, daß sich der Treuga- und der Kompagnonbank andere Institute angliedern werden. Auch die Vereinsbank scheint für einzelne Banken eine gewisse Anziehungskraft zu besitzen, zumal sie in gewissen geschäftlichen Beziehungen zur Postsparkasse zu stehen scheint. Pläne, welche die Vereinigung mit anderen Instituten betreffen, scheinen u. a. bei der British-Oesterreichischen Bank, bei der Mercantilebank, bei der Internationalen Handelsbank sowie bei der Neuen Wiener Bankgesellschaft zu bestehen.

Der 17jährige Gymnasiast als Mörder. Das Jugendgericht in Traunstein (Bayern) verurteilte den 17jährigen Gymnasiasten Kehler, der im Sommer den Berliner Studienrat Marxler morder und braudt hatte, zu der gesetzlichen Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis.

Ein zweiter Felssturz am Wallensee in der Schweiz. Dienstag früh stürzte am Wallensee der zweite Teil des Felsens ein. Die Menge der eingestürzten Steinmassen wird auf viele tausende von Kubikmetern geschätzt. Die Beseitigung derselben wird einige Wochen in Anspruch nehmen. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindung ist einstweilen vollkommen unterbrochen. — Wie die

Blätter aus Zürich melden, sind in den Bergabhängen am Wallensee (Schweiz) noch etwa 200.000 Kubikmeter Erde in Bewegung, die sich erst lösen müssen, bevor die Aufräumungsarbeiten beginnen können. Da der Eisenbahnerverkehr aus der Gefahrenzone verlegt werden muß, werden die Züge von Zürich nur noch bis Wesen geführt, von wo die Reisenden auf der hoch am Berge dahinführenden Straße mittels Automobilen nach Mülhorn befördert werden.

Vier Personen von einem Schnellzug überfahren. Wie die Blätter aus Montpellier (Frankreich) melden, wurden vier Personen, welche auf der Eisenbahnstrecke Fliegerproduktionen betreiben, von einem Schnellzuge überfahren. Hierbei wurden drei Personen getötet und eine schwer verletzt.

Die Verwendung von „J. R. 3.“ Die Frage, wie das leuchtende Luftschiff „J. R. 3.“ verwendet werden soll, ist noch nicht gelöst. Es wird der Vorschlag gemacht, dasselbe für die regelmäßige Postverbindung zwischen New-York und London zu verwenden.

Kommunistenunruhen in Griechenland? Die offizielle Agentur d'Athènes meldet: In Ravalla (Griechenland) versuchten kommunistische Arbeiter unter nichtigen Vorwänden den Transport von Tabak zu verhindern. Die vom Militär unterstützte Polizei schritt ein. Die Kommunisten griffen sie jedoch mit Revolvern, anderen Waffen und Dynamit an. Ein Beamter wurde getötet, ein anderer Offizier und 15 Soldaten verletzt. Das Militär sprengte die Kommunisten auseinander und stellte die Ruhe wieder her. Die Regierung hat Verfügungen gegenüber neuen kommunistischen Versuchen getroffen.

Das Bandenunwesen auf dem Balkan. Banditen überfielen in Stanimata (Bulgarien) ein griechisches Kaffeehaus und töteten in demselben zwei Männer und eine Frau. Es gelang ihnen, die Flucht zu ergreifen und auf dem Wege einen Gendarmen, welcher sie anhalten wollte, zu entwaffnen. Eine Kavallerieeskadron wurde zur Verfolgung der Mörder entsandt.

Was der heilige Antonius zuläßt! In der Budapest Franziskanerkirche erschien Tag für Tag zu den Messen eine junge, gutgekleidete Frau, die eine weiße Pelzine trug und ihre Andacht stets vor dem Altar des heiligen Antonius zu verrichten pflegte. Einem Privatbeamten fiel es bei Gelegenheit auf, daß die Frau während des Betens immer ein wachsameres Auge auf die Leute hatte, die ihre Gaben in den Opferstock warfen. Der Privatbeamte machte eines Tages den Polizisten vor der Kirche auf das sonderbare Verhalten der Frau aufmerksam, die durch den Wachmann trotz heftigen Sträubens auf die Wachtstube gebracht wurde. Hier stellte es sich im Verhör bald heraus, daß die Frau, die 21 Jahre alte Privatbeamtin Jiona Wolnar, seit vielen Monaten systematisch den Opferstock in der Franziskanerkirche plündernde. Sie verstopfte zunächst die Öffnung des Opferstockes mit Zehn- und Zwanzigkronennoten, so daß weitere Geldnoten nicht in das Innere des Opferstockes fallen konnten. Diese Noten entfernte sie unter dem Schutze ihrer weiten Pelzine unauffällig mit den Fingern oder mittels einer Haarnadel, die sie zu dem Zwecke bei sich trug. Von der Beute, die sich auf viele hunderttausend Kronen monatlich belief, lebte Frau Wolnar auf elegante Art.

Die Rache einer Frau. Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoech bei Dortmund wurde dem dort beschäftigten Arbeiter Johannes Schulz von dem Portier ein für ihn abgegebenes Paket in der Größe eines Ziegelsteins überreicht. Bei dem Versuch des Schulz, in seiner Wohnung das Paket zu öffnen, explodierte der aus schweren Sprengstoffen bestehende Inhalt. Dem Schulz wurde der Leib aufgerissen und die rechte Hand abgerissen. Seine

Als er in New York ankam war er am Ende seiner Kräfte. Er nahm sich nicht einmal die Zeit, sich zu waschen. Je mehr er sich dem Büro von Byle u. Hopkins näherte, desto leidlicher wurde ihm zu Rute. Um halb elf Uhr vormittags bräute er die Rinde der Glassüre nieder. Ein halbes Jahr war seit jenem Abend vergangen.

Er ging gleich durch bis zu dem kleinen Privatkontor, in dem der alte Herr Byle wie immer um diese Zeit, frisch rasiert und in seinem torrelten, schwarzen Rock, über den Zeitungen sah. Als Smith vor ihm stand, fuhr er in die Höhe: „Großer Gott, Smith, wie sehen Sie denn aus?“

Guten Tag, Mr. Byle, hier bin ich. Sie haben das Spiel gewonnen. Es hat keinen Zweck mehr. Aber ich habe das System wenigstens von der anderen Seite kennen gelernt. Es ist ein verfeinertes gutes System. Und hier ist der Brief. Wie Sie ihn mir gegeben haben, die 25.000 sind noch unangerührt drin.

„Dear was reden Sie denn für einen Unsinn zusammen. Was für ein Spiel soll ich denn gewonnen haben?“ fragte Mr. Byle in hellem Entsetzen.

„Baxter und seine Leute haben Sie doch hinter mir her geschickt?“ fragte Smith. „waren doch die ganze Zeit hinter mir, haben mich auf New York zugetrieben. Gestern abends sollte ich verhaftet werden.“

„Aber kein Mensch war hinter Ihnen her, Smith. Wir alle haben geglaubt, Sie sind einem Unglück zum Opfer gefallen. Die ersten drei Tage haben wir noch annuanciert, das war alles“ rief Mr. Byle, fast etwas gekränkt.

„Das war alles“ wiederholte Smith wie geistesabwesend. „... aber Baxter!“

„Baxter ist drei Tage nachdem Sie fort waren am Tischschlag gestorben!“ erwiderte Mr. Byle.

im Zimmer weilende Haushälterin, sowie drei Kinder wurden lebensgefährlich verletzt. Die Zimmerreinigung wurde vollständig demoliert. Schulz starb auf dem Transport zum Krankenhaus, auch die anderen vier Verletzten glaubt man kaum am Leben erhalten zu können. Ueber den Täter fehlt jede Spur. Man nimmt an, daß es sich um einen Raubakt der ersten Frau des Schulz handelt.

Wetterübersicht vom 12. November. Am Dienstag herrschte in der ganzen Republik ruhiges und überwiegend bedecktes Wetter. Dort, wo die Wolkendecke vorübergehend aufbrach, stiegen die Nachmittags-temperaturen auf fünf bis acht Grad Celsius. In der Südosthälfte Böhmens, desgleichen in Prag war dies nicht der Fall; hier betragen die Höchsttemperaturen ein bis drei Grad Celsius. Die Minima der letzten Nacht lagen in der ganzen Republik nahe dem Gefrierpunkt. Das norddeutsche Hochdruckgebiet nimmt an Stärke und Ausdehnung zu. Die südliche Stille hatte am Mittwoch früh mehr als 780 Millimeter Luftdruck. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Teils heiter, teils neblig, leichte Nachfröste.

Die Bildungssteuer.

Der Antrag auf Einhebung einer Bildungssteuer wird von unseren Genossen viel zu wenig beachtet. Aus der Mitte der Funktionäre in den Ortschaften, den Pionieren der Organisationen auf dem Lande, sollten Stimmen laut werden. Besser ausgedrückt, die Kleinrentner der einzelnen Organisationen sollten sich recht regen an der Diskussion beteiligen. Der immerwährende Fortschritt in der Technik, der Wissenschaft, der Kunst usw. zwingt auch die proletarischen Organisationen, immer mehr und mehr Bildungsarbeit zu leisten, damit sich die Arbeiterchaft diesem Fortschritt anpassen kann. Der Arbeiter kann sich nicht genug Wissen und Können aneignen. Wenn er dazu fähig sein soll, müssen wir uns selbst helfen und Apparate schaffen, die zur Umgestaltung dieser Gesellschaftsordnung dienen können. Der Antrag auf Einhebung einer Bildungssteuer wäre also nicht abzulehnen, trotzdem muß man aber genau erwägen, ob nicht dieser Antrag etwas zu früh kommt. Durch diesen Beschluß würde augenblicklich eine gewisse Abneigung gegen die Partei, vielmehr gegen das Zahlen unter vielen Arbeiten eintreten. Wir müssen vor allem eingestehen, daß die jetzigen Löhne der verschiedenen Arbeiterkategorien sehr schlecht sind und jeder Arbeiter mit jeder Krone, die er ausgibt, rechnen muß. Die schlechten Eigenschaften dieser Arbeiter (wie Biertrinken, Rauchen usw.) können wir nicht nur so ohne weiteres austilgen. Das sind Auswüchse unserer herrlichen Gesellschaftsordnung, die nicht leicht auszurotten sind. Die Zeit der Einhebung dieser Bildungssteuer ist entschieden nicht passend und es wäre angezeigt, wenn dieser Antrag erst nach Beendigung der jetzigen Kämpfe gegen die Teuerung und um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gestellt würde. Ueber die Verteilung des Betrages möchte auch mehr diskutiert werden. Speziell die Landgemeinden sollen ihre Meinung mehr zum Ausdruck bringen. Der eingebrachte Antrag beinhaltet, daß die Lokalorganisationen bei der Aufteilung des Betrages nicht berücksichtigt werden können.

Diese Aufteilung kann ich nicht für gut befinden, zumal gerade die Landgemeinden die Gelder für Bildungszwecke bringender und notwendiger brauchen als die Städte. Wenn gesagt wird, daß die Organisationen auf dem Lande eher Gelegenheit haben, Gelder einzunehmen, soll nur angegeben werden, wo diese Gelder herkommen sollen. Und wenn schon Gelder eingenommen werden, dann müssen wir leider konstatieren, daß dieses Geld meistens aus Reinertragsnissen von Maskenbällen, Arbeiterbällen, Unterhaltungsabenden nach eher bürgerlicher Aufmachung oder sonst einer nach bürgerlicher Art durchgeführten Veranstaltung stammt. Sollen also die Landgemeinden derartige Veranstaltungen durchführen, um etwas für den Bildungsfond hereinzubekommen? Diese Auswüchse und diese Fehler auszurotten ist doch unsere Aufgabe und unsere Pflicht als Organisation des Proletariats. Für diese bürgerlichen Vergnügungen müssen wir eben etwas Besseres und Schöneres schaffen, und dazu gehört Geld. Die meisten Landgemeinden können die Vorträge Konzerte, Feiern usw. die der Bezirks- oder Kreisbildungsausschuss veranstaltet, nicht besuchen, weil die Verbindungen so schlecht sind, daß es den Arbeitern eben nicht möglich ist, in diese Veranstaltungen zu gehen. Ob der Arbeiter einen großen Nutzen davon hat, wenn er drei bis vier Stunden zu Fuß zurücklegt, um nur in einem Vortrag zu gelangen und wieder nach Hause zu kommen, ist eine andere Frage. Gerade die Dörfer sollten mehr beachtet werden, denn auch dort werden bildende Veranstaltungen verlangt. Die Städte und umliegenden Orte haben eher die Möglichkeiten Vorträge zu veranstalten. Ebenso fehlt in den Orten meistens eine gute Bibliothek für die Arbeiterschaft. Das ist auch ein Feld, das in den Orten noch zu bearbeiten wäre. Die Kreis- und Bezirksorganisationen haben wohl Bibliotheken geschaffen mit Hilfe aller Organisationen, doch können viele Organisationen diese Bibliothek nicht benutzen. Es wäre daher nicht zu empfehlen, den Lokalorganisationen von dieser Bildungssteuer nichts zu geben. Der Antrag der beiden Genossen über die Aufteilung des Betrages wäre somit so zu ändern, daß die Lokalorganisationen 20 Heller erhalten. Die Begründung dieser Notwendigkeit glaube ich gegeben zu haben.

Heinz Jhne.

Die Kreis-Konferenz Troppau nahm folgenden Antrag an: Die Konferenz des Kreises Troppau anerkennt prinzipiell die Notwendigkeit der Zubehörsarbeit größerer Geldmittel für die Bildungsarbeit. Dennoch ist sie nicht in der Lage den Vorschlägen des Gen. Stern auf Einhebung eines Bildungsbeitrages von 50 Heller pro Monat von jedem Parteimitglied zuzustimmen. Der Antrag Stern kommt einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 50 Heller gleich. Diezu ist der gegenwärtige Zeitpunkt der Steigerung der Lebensmittelpreise aber absolut nicht geeignet, er würde der Partei einen schweren Rückschlag bringen. Auch der vorgeschlagenen Aufteilung des einzuhebenden Betrages kann die Zustimmung nicht gegeben werden, da die Aufteilung in keiner Weise den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht. Die Bildungsarbeit wird vorwiegend von den Bezirken geleistet, die auch in den allermeisten Fällen die daraus erwachsenden Kosten tragen müssen. Kreisbildungsausschuss, insbesondere aber die Zentralfstelle für das Bildungswesen, sind nur anregende Organe, die wohl Schulen, Kurse organisieren, Vortragende besorgen können, deren Kosten aber von den Bezirken getragen werden müssen. Bei der Aufteilung der Beiträge hätte also den größeren Teil der Bezirk, dann der Kreis zu bekommen. Nach dem Vorschlag Stern würde wohl die Zentralfstelle finanziell saniert werden, aber die Mittel zur Leistung der eigentlichen Bildungsarbeit würden weiterhin fehlen. Die Kreis-Konferenz schlägt dem Kreisbildungsausschuss folgenden Antrag vor:

Den Kreisorganisationen wird die Einhebung eines freiwilligen Bildungsbeitrages von 50 Hellern monatlich empfohlen. Dieser ist zwischen Bezirk und Kreis, 30 und 20 Heller, aufzuteilen. Jedes Mitglied, das den Bildungsbeitrag leistet, ist beim Eintritt zu allen Bildungsveranstaltungen des Kreises und des Bezirkes zu bevorzugen. Nach allen Erfahrungen dieser Einführung ist zu einem späteren Zeitpunkt die Frage der obligatorischen Einführung der Bildungssteuer in Erwägung zu ziehen.

Volkswirtschaft.

Die Preise steigen weiter!

Seit Juli eine Preissteigerung im Großhandel von 10.59 Prozent.

Nach den Preisberichten des Statistischen Staatsamtes ist mit dem Schlage vom 1. Oktober gegen den Vormonat die Indexziffer (Juli 1914 = 100) der Großhandelspreise von 997 auf 1008 gestiegen. Davunter sind gegen den Vormonat die Preise der Nahrungsmittel, Genuss- und Futtermittel um 5.1 Prozent gestiegen. In diesem vorläufigen Bericht des Statistischen Staatsamtes wird die Indexziffer der Großhandelspreise der Nahrungsmittel, Genuss- und Futtermittel noch nicht angegeben; sie läßt sich aber unter Berücksichtigung der angegebenen prozentualen Steigerung der letztgenannten Artikel schon jetzt feststellen. Sie dürfte von 944 auf 992 gestiegen sein. Nimmt man also den Juli d. J. zum Ausgangspunkt, so haben sich die Nahrungsmittel, Genuss- und Futtermittel im Großhandel bis zum 1. Oktober um 10.59 Prozent verteuert.

Angesichts dieser Sachlage mußte man wiederum eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten erwarten. Die Ende Oktober von der Union der Bergarbeiter für das nordwestböhmische Braunkohlenrevier abgeschlossene Erhebung hat dies auch bestätigt. So sind denn auch die errechneten Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie für eine Woche von 334.04 Kronen im September auf 340.10 im Oktober gestiegen. Das ist eine Steigerung um 1.81 Prozent. In Anbetracht dessen stieg auch die Indexziffer Dezember 1913 = 100) von 902.32 auf 918.60. Der Aufwand für Nahrungsmittel allein stieg in der erwähnten Vergleichszeit von 209.13 Kronen auf 214.56, also um 2.60 Prozent. Geht man vom August 1923 aus, dann beträgt die Verteuerung der gewonnenen Nahrungsmittel 10.72 Prozent. Vom Mai 1924 an gerechnet sind es 9.89 Prozent.

Diese sicherlich sehr empfindliche Aufwärtsbewegung der Preise der Nahrungsmittel wird in den Preisberichten des Staatsamtes über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensbedarfsartikel völlig bestritten. Betrachtet man die Indexziffern der ersten Gruppe, die für unseren Zweck in Betracht kommt, so nimmt man wahr, daß darin die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise der Nahrungsmittel in den letzten drei Monaten gar nicht in Erscheinung tritt. Diese Tatsache ist jedenfalls darauf zurückzuführen, weil in der ersten Warengruppe außer Nahrungsmitteln auch Kohle, Holz, Petroleum usw. enthalten sind. Auf diesen Umstand sei ganz besonders verwiesen, weil es den Unternehmern beliebt, unter Berufung auf die Indexziffern der ersten Warengruppe zu behaupten, daß die im Großhandel eingetretene Verteuerung der Nahrungsmittel sich im Kleinhandel nicht ausgewirkt hat. Die Bewertung der Warengruppe der Kleinhandelspreise der ersten Warengruppe in den Monaten Juli, August und September d. J. ist eben so: 909, 897 und 908. Diese amittlichen Ziffern zeigen also eher eine rückläufige als aufsteigende Bewegung. Daran glaubt doch kein Mensch. Diese Zifferführung kann nur vermieden werden, wenn sich das Statistische Staatsamt entschließt, die Warengruppen der Kleinhandelspreise jenen des Großhandels anzupassen.

Charlie Smith, sie fangen dich, Charlie Smith, sie fangen dich!

Arbeit wagte er nicht wieder anzunehmen. In Illinois sah er, wie ein Mann, der lange Zeit hinter ihm her gegangen war, an einer Straßenecke auf einen Polizisten zugeht. Aber er rettete sich noch einmal, indem er in eine Kneipe flüchtete und durch einen Hinterausgang verschwand. Seitdem hielt er sich nirgends länger als eine Nacht auf. Manchmal rade ihn eine verweirte Lust, sich elegant anzuziehen, eine Villa zu nehmen und das ganze Geld in einer Woche zu verbubeln. Nachden sie dann kommen und ihn verhaften, es war sowieso alles egal. Aber dann fehlte ihm wieder der Mut dazu.

Tags nachher er die Bahnstrecke entlang und grübelte, welchen Fehler er wohl begangen haben mochte, da sie ihm so schnell auf die Spur gekommen waren. Aber er fand keinen. „Baxter ist doch ein verteuertes schlauer Bursche, schlauer als ich ahnte. Und das System ist besser als ich dachte“ sagte er immer wieder. Zur Nacht kehrte er in einem dritt-rangigen Boardinghouse ein. Im Salon sah nur noch ein Mann. Nach dem Essen kam er auf Smith zu und forderte ihn auf, eine Partie Poker mit ihm zu spielen. Smith wußte, was das zu bedeuten hatte. Aber er ging darauf ein. „Sie passen nicht auf“ sagte der Mann vor ihm. Sie spielten weiter sich gegenseitig belauernd. „Fluch Royal“ sagte der Mann und schlug mit der Faust auf den Tisch. Aber Smith kämpfte sich mit dem Mute der Verzweiflung. Unter dem Vorwand, was zu bestellen, erbot er sich und schwanzte ins Nebenzimmer. „Salt“, rief der Mann aber Smith hatte schon das Fenster aufgerissen. Mit dem Satz war er draußen. „Mittwoch“ las das Zimmer im ersten Stock so daß er mit einer leichten Querung davon kam. Dann raste er zum Bahnhof und versteckte sich an der Ausfahrt. Auf den nächsten Zug, der kam, sprang er auf. Es war ein Güterzug nach New York.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wie die Maschine den Dampf,

so braucht der Körper ständige rationelle Pflege. Aber ständig, sonst kann die erwünschte Wirkung nicht erzielt werden.

Diana Franzbranntwein mit Menthol

Ist das geeignetste Mittel zur rationellen Körperpflege und deshalb soll jeder DIANA-Franzbranntwein ständig benutzen!

Nehmen Sie nur DIANA-Franzbranntwein an! Weisen Sie milderwertige Nachahmungen energisch zurück!

Überall erhältlich!

DIANA-Franzbranntwein-Produktion G. b. m. H.

PRAG, VIII., Drahobojlova 1073. WIEN II., Engerthstraße 160

Debitenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for New York, Zurich, Berlin, and Vienna.

Prager Kurse am 12. November.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Kunst und Wissen.

Die.

Christliche Oper in drei Akten von Rudolf Karel.

(Uraufführung im tschechischen National- und Staatstheater,

11. November 1924.)

Das tschechische Original nennt diese Oper lyrische Komödie und gibt ihr den Titel „Jhes Herz“.

Schon diese knappe Inhaltsangabe läßt erkennen, daß der Oper eine eigentliche, dramatisch entwickelte und gesteigerte Handlung fehlt.

Triole, Septakkord, Vorhalt, Synkope und Imitation spielen die Hauptrolle, ebenso wie der Komponist kein Bedenken trägt, die veraltete Begleitform gebrochener Akkordschläge zu verwenden.

Für die Premiere hatte das Nationaltheater seine besten Kräfte eingesetzt. Opernchef Ostrčil hatte das Werk selbst einstudiert und leitete auch die Aufführung mit der ihm eigenen Gründlichkeit und Sorgfalt.

Wagnerzyklus: „Ribelungenring“, dritter Abend „Siegfried“. Diese Aufführung gibt zu besonderen Bemerkungen Anlaß, da die Besetzung der Hauptrollen die gleiche geblieben ist wie bei der letzten „Ring“-Aufführung im Sommer dieses Jahres.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag „Das Kamel geht durch ein Nadelohr“, Freitag „Gräfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag „Die beiden Herren der gnädigen Frau“, Samstag Premiere „Cio-Cio“.

Konzert Ernst Ferner-Leo Strauß. Die beiden Prager Künstler geben im Mozarteum ein eigenes Konzert.

Kalla's Fischkonserven advertisement with logo and text.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Der Film.

Die ganze Republik erwartet „Die Skabenkönigin“.

Aus der Partei.

Eine Feststellung.

Mit allen Mißverständnissen vorzubeugen, welche durch die wiederholten, mit der Unterschrift des Herrn

Dr. Friedrich Bill

versehenen, in bürgerlichen Blättern erschienenen Publikationen hervorgerufen werden könnten, erklärt der Parteivorstand, daß Herr Dr. Friedrich Bill, Advokaturkandidat in Aussig, über seinzeitiges Einschreiten der Partei, seit 30. September 1922 nicht mehr unserer Partei angehört.

Den Anlaß zu diesem Einschreiten des Parteivorstandes gab ein allen Parteigriffen Hohn sprechender journalistischer Exzeß, dessen sich Herr Dr. Bill im August 1922 schuldig machte und den er selbst in einem an den Parteisekretär gerichteten Schreiben vom 30. August 1922 unter genauer Schilderung aller Begleitumstände als „Schande“ bezeichnete, für die er keine Worte der Entschuldigung zu sagen vermag.

Im Sommer dieses Jahres suchte sich Herr Dr. Bill unter Umgehung der zuständigen Parteinstanzen durch Parteimarktenbezug bei einer über seine Angelegenheit nicht informierten Stelle den Wiedereintritt in die Partei zu verschaffen, doch wurde dieser Versuch durch sofortiges Eingreifen der Partei zunichte gemacht.

An alle Organisationen und Parteipolporteuere!

Der Versand des Arbeiterjahrbuches 1925 hat bereits begonnen. Es sind aber aus einzelnen Gebieten noch Bestellungen ausständig.

Zentralstelle für das Bildungswesen. Parteisekretariat Prag.

Advertisement for a typewriter with text: „Eine überaus wertvolle Bezahlung ist heute dem modernen Geschäftsmann in der Anzeige“.

Der parlamentarische Bericht des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist soeben erschienen und kann von der Brünnner Volkshandlung, Brünn, Französische Straße 24/26, bestellt werden.

Turnen und Sport.

Amateure Wien schlagen Sparta Prag 4:1 (2:0). Nach den schwachen Leistungen der Amateure in Prag ein ziemlich überraschendes Ergebnis, das im Zeichen des Benefizisten Cuttis stand, der bei diesem Spiele 50 Mil. öK (25.000 Kč) „verdiente“.

Fußball vom Österreichischen Nationalfeiertag. Wien: Vienna gegen Slovan 1:2, Hakoah gegen Rudolfsbüchel 3:3, Rapid gegen Ostmark 4:1, WAC gegen Hertha 2:3.

Kommende Wettspiele in Prag. Sonntag: Weiskerstraße 1. Kl.: MŠK. Brävoce gegen ZK. Libeň. — Freundschaftsspiele: Hakoah Wien gegen Slavia, DFC gegen Tschokolovan Rosika (Slaviaplatz), First Vienna Wien gegen Sparta, Slavoj VIII gegen Meteor VIII, Sparta Rosika gegen Union Zizkov, Ruselky ZK gegen Viktoria Russe, Slavoj Zizkov gegen Viktoria Vinohrady.

Schwere Bestrafung der Prager Sparta. Das Amtsblatt der ČMČ publiziert die inoffiziell bereits bekannte Tatsache, daß die Prager Sparta in ihrem Spiel gegen den 1. FC. Nürnberg am 24. August in Nürnberg den MŠK-Spieler Spata unter dem Namen Lutevsky für ihre Mannschaft antreten und spielen ließ.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Dolla

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfeilt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschilergasse Nr. 6.

Large advertisement for the 'Arbeiter-Jahrbuch 1925' with text: 'Soeben erschienen! Sofort bestellen! Herausgegeben vom Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei'.

*) Im Verlage der „Nudební Matice Umělecké Besedy“ in Prag erschienen.